

# Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS.

## Hitler kandidiert

Von Goebbels ausgerufen / Zum Professor in Braunschweig ernannt

Berlin, 23. Februar 1932.

Der Conti-Dienst meldet:

In einer Montag abend abgehaltenen Generalmitgliederversammlung des Gaues Berlin der NSDAP erklärte Reichstagsabgeordneter Dr. Goebbels zur Frage der Reichspräsidentenwahlen:

Ich bin in der glücklichen Lage, mitzuteilen, daß Adolf Hitler als Kandidat der Nationalsozialistischen Partei aufgestellt werden wird . . .

Der halbamtliche Dienst bemerkt dazu: „Entgegen anderslautenden Meldungen ist also die Aufstellung Hitlers noch keine vollzogene Tatsache.“ Die Nationalsozialistische Partei wird jedoch, wie die „DAZ“ erfährt, heute nachmittag in einem Aufruf die offizielle Aufstellung der Präsidentschaftskandidatur Adolf Hitlers bekanntgeben.

Inzwischen ist auch — wie die „DAZ“ weiter meldet — die Frage, wie die bisher fehlende Staatsangehörigkeit Hitlers beschafft werden soll, geklärt worden. Der braunschweigische Innenminister Dr. Klagges erschien Dienstag vormittag im Kaiserhof, um die Ernennung Hitlers zum a. o. Professor an der braunschweigischen Technischen Hochschule zu besprechen. Wie verlautet, hat Hitler einen Lehrauftrag für politische Pädagogik erhalten. Um dem Einwand zu begegnen, daß es sich nur um eine Scheinanstellung handelt, wird der nationalsozialistische Parteiführer eine Antrittsvorlesung in Braunschweig halten. Diese Vorlesung ist auf Mittwoch abend anberaumt worden.

Die Form, unter der die Ernennung Hitlers bekanntgegeben werden soll, ist noch Gegenstand von Verhandlungen. Von nationalsozialistischer Seite wird eine Erklärung hier-

### Sturmszenen im Reichstag

(siehe Seite 2)

über für Mittwoch vormittag angekündigt. Auch der Titel, unter dem Hitler berufen werden soll, scheint noch nicht endgültig festzustehen. Die Tatsache der Ernennung wird auch in nationalsozialistischen Kreisen nicht bestritten.

Es scheint, daß die Proklamierung Hitlers auf Goebbels' eigene Initiative zurückgeht. Nun aber gibt es für die Nationalsozialisten — mindestens im ersten Wahlgang, aber wahrscheinlich auch im zweiten — kein Zurück mehr. Alle anderen, insbesondere die um die Hohenzollern kreisenden Pläne und Absichten sind damit für den ersten Wahlgang endgültig erledigt. Außer Hitler, Duesterberg und Hindenburg wird es nur einen Kandidaten geben:

den Proletarier Thälmann!

### Der Rundfunk im Präsidentschaftswahlkampf

Berlin, 23. Februar 1932.

Im Reichstag haben die Nationalsozialisten einen Antrag eingebracht, der die Reichsregierung ersucht, die politische Benutzung des Rundfunks im Präsidentschaftswahlkampf insbesondere durch Kandidaten zu verbieten und auch selbst zu unterlassen. Im Falle der Ablehnung dieses Antrages wird verlangt, daß die Werbung für die Kandidaten zur Reichspräsidentenwahl durch den Rundfunk ohne Ansehen der Partei und der Person des Kandidaten zugelassen wird.

### London meldet Wilhelm

London, 23. Februar 1932.

Das Blatt Lord Rothermeres, „Daily Mail“, das sich bekanntlich seit den Septemberwahlen energisch für die Machtansprüche der Nationalsozialisten eingesetzt hat, veröffentlicht heute in aufsehenerregender Aufmachung die Nachricht, daß der eigentliche Kandidat der Nationalsozialisten für die deutsche Präsidentschaftswahl nicht Adolf Hitler sein werde, wie von dieser Seite mehr oder weniger offiziell immer angekündigt wurde, sondern, daß die Nationalsozialisten „den kühnen Plan gefaßt hätten, den ehemaligen Deutschen Kaiser selbst als ihren Kandidaten dem kaiserlichen Feldmarschall Hindenburg entgegenzustellen.“

Bei der engen Verbindung, die der Berliner Korrespondent der „Daily Mail“ zu führenden nationalsozialistischen Kreisen unterhält, muß angenommen werden, daß die Nachricht auf sicheren Informationen beruht.

\*

Unsere Information gleichen sachlichen Inhalts hätte an sich, nach ihrer Quelle, einer Bestätigung nicht bedurft. Sie ist aber immerhin wichtig genug, um registriert zu werden.

Nach der Ausrufung der Kandidatur Hitler durch Goebbels ist die Nationalsozialistische Partei jedoch gebunden, und die Absichten, einen Hohenzollern auf den deutschen Präsidentschaftsthron zu bringen, mindestens für den ersten Wahlgang erledigt.

### IG-Farben-Ausschuß für Hindenburg

Berlin, 23. Februar 1932.

Wir hatten am Sonntag melden können, daß die I. G. Farben-Industrie im Ausgleich gegen das ihr versprochene Einheitstreibstoff-Monopol sich bereitgefunden habe, die Wahlkampagne für den Herrn von Hindenburg weitgehend zu finanzieren. Wir hatten den Rücktritt des Berliner Oberbürgermeisters Dr. Sahm vom Vorsitz des von ihm geschaffenen, dann umgegründeten Hindenburg-Ausschusses vorausgesagt. Die nachfolgende WTB-Meldung bestätigt unsere Voraussage und läßt des weiteren erkennen, daß der bisherige Präsident des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und eigentliche Leiter des Farbenrucks, Geheimrat Duisberg-Leverkusen, selbst die Spitze

der Hindenburg-Wahlvorbereitung eingenommen hat. Neben ihm sind es vorwiegend agrarische Interessensvertreter, die für Hindenburgs Wahl eintreten. Auch ein Aufruf des konservativen Abgeordneten Graf Westarp trägt vornehmlich die Unterschriften führender Agrarier.

WTB. Berlin, 22. Februar 1932.

Das Kuratorium der Hindenburgausschüsse ist heute abend zu seiner konstituierenden Sitzung zusammengetreten. Den Vorsitz des Kuratoriums hat Geheimrat Duisberg-Leverkusen übernommen. Es wurde ein Arbeitsausschuß unter dem Vorsitz des Landrates a. D. Dr. Gereke, M. d. R., gebildet.

### Kandidatur Duesterberg

Der von der deutschnationalen Parteiführung im Einvernehmen mit dem Stahlhelm benannte Zahlkandidat des „Wahlblocks Schwarz-Weiß-Rot“ Oberstleutnant a. D. Duesterberg ist außer seiner Tätigkeit als zweiter Bundesführer des Stahlhelm nur dadurch bekannt geworden, daß er als Führer der Zweiten Staffel der Waffenstillstandskommission deren Führer, dem Staatssekretär Erzberger, nach Compiègne nachreiste und die mehr technischen „Verhandlungen“ mit den französischen Staboffizieren aus Marschalls Fochs Gefolge führte. In dieser Zeit hatte er in Spa, wohin die beiderseitigen Waffenstillstandskommissionen nach dem Abschluß der Waffenruhe vom 11. November übersiedelten, einen scharfen Konflikt mit dem Waffenstillstandskommissar Erzberger, in dessen Verlauf ihm von Erzberger mangelnde Wahrheitsliebe vorgeworfen wurde. Gleich Hindenburg ist auch er als Symbol der deutschen militärischen Niederlage zu betrachten.

\*

Berlin, 23. Februar 1932.

Der zweite Bundesführer des Stahlhelm, Oberstleutnant Duesterberg, der Kandidat des Kampfblocks Schwarz-Weiß-Rot, erläßt folgende Erklärung:

„Der Aufforderung des Ersten Bundesführers des Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, Franz Seldte, sowie des Vorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei, Geheimrat Hugenberg, als gemeinsamer Kandidat für den ersten Wahlgang der kommenden Reichs-

präsidentschaftswahl mich zur Verfügung zu stellen, bin ich unter Zurückstellung ernster persönlicher Bedenken gefolgt. Zu unserem Bedauern hat der Reichspräsident von Hindenburg sich entschlossen, ohne Kursänderung und schon im ersten Wahlgang sich aufstellen zu lassen. Ich neige mich in Ehrfurcht vor dem greisen Generalfeldmarschall, den ich wie einen Vater verehere. Daß wir den Kampf um die Reichspräsidentschaft ritterlich führen, ist für uns alte Soldaten selbstverständlich. Das gilt auch dem anderen nationalen Kandidaten gegenüber, dem Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, dessen Einbürgerung der Stahlhelm für selbstverständlich erklärt hat.“

### Republikaner

Das „Berliner Tageblatt“ ist entrüstet! Auch die Junker vom Reichslandbund wollen Hindenburg nur wählen, wenn er ihre Bedingungen erfüllt. Mit Verachtung vergleicht das B. T. (Morgenausg. vom 19. 2.) dieses Verhalten mit dem der alten, preußischen Junker: „Und der König absolut, wenn er unsern Willen tut.“

Gott sei Dank, wir Tageblatt-Republikaner sind doch bessere Gefolgsleute des absoluten Hindenburg, wir stellen keine majestätsbeleidigenden Forderungen an ihn. Wenn auch unter Hindenburg die Demokratie in Deutschland beseitigt worden ist, wir Demokraten werden weiterhin — im vollsten Bewußtsein unserer demokratischen Überzeugung — alleruntertänigst das Maul halten.

### Alles für die Aktionäre

Wie Brüning die Banken saniert

Berlin, 23. Februar 1932

Die Schleier, die bisher die unter Führung des Reiches eingeleitete Aktion zur Sanierung des deutschen Bankwesens umgaben, sind nun zerrissen. Alle Banken, mit Ausnahme der Danat-Bank, die bereits mit rückwirkender Kraft in der Dresdner Bank aufgegangen ist, legen „gereinigte“ Bilanzen vor, die erhebliche Veränderungen gegenüber dem bisherigen Stande aufweisen. Überall sind eingetretene und vorläufig noch zu erwartende Verluste abgeschrieben. Insgesamt handelt es sich hierbei um einen Betrag von rund dreiviertel Milliarden Mark, wovon auf die DD-Bank 275, auf die Dresdner Bank 321 und 107 auf die Commerzbank entfallen. Zur Deckung sind bei allen Banken die stillen und offenen Reserven und Teile des Aktienkapitals herangezogen worden, doch hat nur die Dedi-Bank die Sanierung auf diese Weise bewerkstelligt. Bei allen übrigen Banken hat das Reich, d. h. praktisch der Steuerzahler, einspringen müssen. Am kräftigsten, wie zu erwarten war, bei der Dresdner-Danat-Bank. Hier hat das Reich nicht nur auf 100 Mill. RM. der ihm gehörenden 300 Mill. RM. Dresdner-Aktien von vornherein verzichtet, sondern auch 48 Mill. RM. Dresdner-Stammaktien direkt und kostenlos zur Verfügung gestellt und darüber hinaus noch weitere 30 Mill. RM. als neuen Reservefonds beigesteuert. Ferner erhält die Dresdner „Schatzanweisungen für alle Gefahrenfälle, die noch denkbar sind“, im Betrage von 60 Mill. RM. als Ausgleichsreserve, so daß allein diese Operation das Reich unmittelbar 238 Millionen RM. kostet. Doch auch damit sind die Zuwendungen noch lange nicht erschöpft. Ausdrücklich wird auch vorgesehen, der Dresdner noch einen Kredit „in erheblichem Ausmaß“ bereitzustellen, woraus sehr wohl eines Tages neue Verluste für das Reich sich ergeben können.

Bei der Deutschen und Disconto-Bank kommt das Reich mit einem blauen Auge davon. Unmittelbare Opfer werden ihm aus dieser Sanierung nicht aufgebürdet. Dagegen hat sich das Reich verpflichtet, durch die von der Reichsbank abhängige Golddiskontobank für 50 Mill. RM. der neu auszugebenden Vorratsaktien im Betrage von 72 Mill. RM. zu übernehmen, und zwar zu dem Kurse von 115 Prozent. Die Dedi-Bank versichert dazu, daß sie bestrebt sein werde, „diese Aktien möglichst bald von der Golddiskontobank zurückzunehmen“, aber vorläufig besteht eine solche Möglichkeit in absehbarer Zeit nicht, so daß auch hier das Reich ein großes Risiko eingeht.

Eine ungemein starke Schröpfung wird dem Steuerzahler ferner durch die Sanierung der Commerz- und Privatbank, in der jetzt auch der Barmer Bankverein aufgeht, zugemutet. Und zwar übernimmt das Reich zunächst die im Besitz der Bank befindlichen 37,2 Mill. RM. des 75 Mill. RM. betragenden Aktienkapitals zum vollen Nennwert. Alsdann wird das ganze Aktienkapital im Verhältnis von 10 zu 3 zusammengelegt und darauf wieder um 45 Mill. RM. erhöht, die von der Golddiskontobank zum Kurs von 115 Prozent zu übernehmen sind. Auch damit hat es indessen noch nicht sein Bewenden. Außer diesen Opfern verpflichtet sich das Reich, noch 23,25 Mill. RM. in Form von Schatzanweisungen für die Auffüllung des Reservefonds auf 30 Mill. RM. beizusteuern,

# Sturmszenen im Reichstag

Goebbels von dem Saal gelesen — SPD-Bekennnisse zum Kriegsdienst und zur „nationalen Politik“

Berlin, 23. Februar 1932.

Das Reichstagsgebäude ist auf weite Distanz von Polizeipatrouillen von kaum vorstellbarer Stärke abgesperrt. Passanten, die im Reichstag beruflich zu tun haben, werden nicht durchgelassen, wenn sie nicht einen Ausweis der Reichstagsverwaltung vorzeigen können. Dieser Schikane kann nur der entgegen, der sich eine Autotaxe mietet. Dann kommt man ungehindert an die Portale des Hohen Hauses. Als gleich nach Eröffnung der Sitzung des Reichstages der kommunistische Abgeordnete Torgler die Beratung eines dringlichen Antrages fordert, mit dem die Aufhebung des polizeilichen Belagerungszustandes verlangt wird, widerspricht — das ist schon traditionsgemäß — ein Abgeordneter der Rechten.

Kein Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion hat den Finger gegen diese skandalösen Polizeimaßnahmen gerührt, die doch eine kaum überbietbare Verhöhnung parlamentarischer Freiheiten darstellen.

Reichsminister Goerner begründet namens des Kabinetts den Vorschlag, die Präsidentschaftswahl im ersten Wahlgang, den 13. März, im möglichen zweiten Gang am 10. April stattfinden zu lassen. Seine Rede ist matt und bietet nichts, was nicht vorgesehen gewesen wäre.

Dann spricht der Abgeordnete Goebbels von den Nazis. In abgeklungenen Tiraden setzt er sich mit den polizeilichen Bedrückungen auseinander, denen seine Freunde und er ausgesetzt seien und kommt dann auf den Ausschuß zu sprechen, der wirklich einen

„Ausschuß“ darstelle. Er verliest aus der „Frankfurter Zeitung“ vom April 1925 einen Aufruf des Stuttgarter Industriellen Robert Bosch gegen Hindenburg, desselben Bosch, der jetzt einen Aufruf für Hindenburg unterzeichnet habe, und sagt schließlich von der Kandidatur Hindenburgs: sie sei danach zu beurteilen, wer sie lobt. Dies sei die Partei des Landesverrats und der Desserteure.

Hier kann er nicht weiterreden. Die Kriegsteilnehmer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion versammeln sich vor der Tribüne und machen ihm unter Führung des stimmungswichtigen Abgeordneten Mierendorff so erregte Zwischenrufe, daß es dem Präsidenten Löbe nicht mehr gelingt, obwohl er sich die redlichste Mühe gibt, den Redner am Wort zu erhalten. Auch Löbe wird minutenlang in dem Getümmel unverständlich. Angehlich hat er dem Abgeordneten Goebbels einen Ordnungsruf erteilt. Seine Objektivität aber zwingt ihn, den Abgeordneten Mierendorff mit zwei Ordnungsrufen zu bedecken. Man sieht schließlich den Abgeordneten Wilhelm Dittmann erregt auf Mierendorff einreden, er möge sich mäßigen.

Schließlich hebt Löbe die Sitzung auf. Der Ältestenrat tritt zusammen und berät über Goebbels' Exzeption.

Als um 17 Uhr das Plenum wieder zusammentritt, verkündet Löbe, der Ältestenrat habe befunden, daß Goebbels' Exzeption nicht nur eine Partei, die Sozialdemokratie nämlich, getroffen habe, sondern auf alle Anhänger der Kandidatur Hindenburg bezogen werden müsse und somit eine schwere Beleidigung des Reichspräsidenten darstelle. Goebbels wird

zur Strafe aus der Sitzung verwiesen und verläßt sofort den Saal.

Auf die Tribüne tritt jetzt, begrüßt von minutenlangen Sprechchorübungen der Faschisten, der staatsparteiliche Abgeordnete Lemmer, dem der Ruf eines Frontsoldaten genau wie Mierendorff vorausgeht. Lemmer drehselt patriotische Phrasen, die in dem Lärm ziemlich unverständlich bleiben, und erst ein witziger Abgeordneter der Rechten, der nach Lemmers Worten auf die Tribüne eilt, stellt fest, daß in dem Lärm auch die Partei farbe Lemmers unmerklich gelieben sein müsse. Er wolle daher ergänzend sagen, daß Lemmer für die Deutschnationalen gesprochen habe.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Schumacher, Redakteur der „Schwäbischen Tagwacht“ in Stuttgart, wehrt sich für seine Partei gegen den Vorwurf des Landesverrats und erklärt, unter besonderem Beifall der „linken“ Sozialdemokraten, wie Stadtschulrat Löwenstein und Frau Mathilde Wurm, daß er es ablehne,

„die unter so viel Opfern an Gut und Blut erhärtete nationale Politik der Sozialdemokratie“

gegen die Nationalsozialisten zu verteidigen. Abgeordneter Freund Goebblers und provoziert die Linke weiter. Er wird nicht gerügt.

Bei Redaktionsschluß ist die Debatte noch nicht abgeschlossen. Morgen wird nach dem Kanzlervermuthlich Abg. Breitscheid für die Sozialdemokratie, nach ihm der Abg. von Freytagh-Loringhoven sprechen.

sowie noch 16,74 in beliehbaren Papieren als „Ausgleichsreserve“ bereitzustellen. Völlig ungeschoren bleiben die Aktionäre des Barmer Bankvereins. Von dessen 36 Mill. RM. betragendem Aktienkapital sind zur Zeit nur noch 12,5 Mill. RM. im Umlauf, die im Verhältnis von 1:1 gegen neue Commerz-Aktien umgetauscht werden. Die übrigen Aktien befinden sich in den Tresoren der Bank selbst.

Bei der Allgemeinen deutschen Kreditanstalt, für die seinerzeit die Sächsische Staatsbank die Gesamthaltung übernommen hat, muß ebenfalls die Golddiskontbank durch Uebernahme neuer Aktien im Betrage von 13 Mill. RM. einspringen. Darüber hinaus werden der Bank vom Reiche weitere Mittel zur Stärkung ihrer inneren Reserven gewährt, über deren Höhe noch nichts verlautet. Das Garantieverhältnis des sächsischen Staates bleibt jedoch unverändert bestehen.

Das ist in großen Zügen der Inhalt des großen Sanierungswerkes an dem deutschen Banksystem, von dem der Finanzminister Dietrich zuversichtlich erklärte, daß es zur Wiedergenesung der deutschen Wirtschaft führen werde, da dadurch „nach menschlichem Ermessen“ alle Gefahren behoben seien. Die Eingriffe — das ist nicht zu leugnen — sind außerordentlich tief und einschneidend. Die Ausmerzungen Verlustes von rund dreiviertel Milliarden Reichsmark ist keine Bagatelle, und mehr als alles andere wird schon aus dieser Operation erkennbar, daß die Krise, in die die deutschen Großbanken im vergangenen Sommer hineingeschleudert sind, nicht allein nur ausschließlich eine Frage der Illiquidität, der Unflüssigkeit der Mittel, war. Wohl gaben die Abzüge ein alle gegebenen Befriedigungsmöglichkeiten überschreitendes Maß an, aber dieser Ansturm war nur eine Folge der damals schon allgemein bekannten und auch leicht zu erratenden Tatsache, daß die Großbanken aus ihren großen Engagements in der Industrie gewaltige Verluste erlitten haben, so daß nicht erst die Abzüge die Banken in finanzielle Schwierigkeiten gestürzt haben, sondern die Liquiditätskrise in Wirklichkeit nur diese Schwierigkeiten selbst signalisierte. Wäre es anders, dann wären die Erwartungen, die auf die jetzige Bereinigung gesetzt werden, auch vollkommen unbegründet. Damit brechen aber auch alle Rechtfertigungen, die Dietrich für die vom Reich übernommene Opfer anführt, in sich zusammen. Die deutschen Privatbanken sind nicht durch irgendein unabweisbares Schicksal in diese Lage gekommen, sondern ihre Direktoren haben dieses Schicksal in einer sträflichen Mutwilligkeit, angestachelt durch einen jeden Blick für das Reale trübenden Ehrgeiz und Konkurrenzneid, über ihre Institute heraufbeschworen.

Eben darum muß auch die Lösung der Bankenfrage, wie sie jetzt unter Führung des Reichs zustande gekommen ist, in der ganzen Öffentlichkeit allergrößte Empörung hervorrufen. Statt der Forderung zu bestehen, daß neben den Reserven zunächst auch die Aktionäre mit ihren Anteilen für die Verluste büßen, da sie in den dividendenreichen Jahren die Öffentlichkeit an den Gewinnen auch nicht haben teilnehmen lassen, hat das Reich zugegeben, daß die Aktionäre in der denkbaren großzügigsten Weise geschont werden. Die Aktienzusammenlegung erfolgt in den meisten Fällen im Verhältnis von nur 10:3. Die Dedi braucht nur 10:4 zusammenzulegen und die Aktionäre des Barmer Bankvereins bleiben sogar im Vollbesitz ihrer Aktien. Dabei sind die durch das Zusammenlegen entstehenden Verluste der Aktionäre rein rechnerisch, der Kurswert der neuen Aktien dürfte nach der „Bereinigung“, vor allem dank der großen öffentlichen Zuwendungen, sogar noch erheblich höher liegen als der gesamte Kurswert der Aktienzahl, für die diese erstanden werden muß. Die „Sanierung“ erweist sich somit vor allem als eine Sanierung der Aktionäre und kein noch so salbungsvoller Sermon des Reichsfinanzministers zugunsten der Aktionäre hebt diesen Zustand auf. Es gibt tausendmal unschuldiger Opfer der kapitalistischen Wirtschaft als die Bankaktionäre, für die die Reichsregierung keinen Finger rührt und gegenüber deren Not sie jedenfalls von solcher Großzügigkeit weit entfernt ist.

Doch die von der Reichsregierung bekundete Liebe zu den Aktionären hat sehr reale Gründe. Hätte das Reich ihren Tisch bei den Banken einfach abgedeckt, dann wäre der Staat mit seinen Finanzinstituten wie Reichsbank und Golddiskontbank fast in allen Fällen als einziger Aktionär übrig geblieben und wäre das Privatbankensystem aus Deutschland verschwunden, da in der Umgebung von lauter Staatsbanken auch die Dedi-Bank sehr bald ihr Eigenleben hätte ausbauchen müssen. Eine solche Entwicklung müßte der Kapitalistenklasse begrifflicherweise als gefährlich erscheinen, da der Staat dann nicht nur Herr aller Banken und des Kredits, sondern — was ungleich schwerer wiegt, Herr eines entscheidenden Teils der deutschen Industrie geworden und damit eine kaum mehr wieder gutzumachende Bresche in die Privatwirtschaft geschlagen worden wäre.

Wie sehr die Bestrebungen auf Fernhaltung einer solchen Entwicklung bei dem ganzen Sanierungswerk bestimmend waren, läßt beson-

## Geschichtlicher Wendepunkt

Chinas Entwicklung zum Nationalstaat

China steht am Wendepunkt seiner Geschichte, so soll sich der Finanzminister Sung einem Reuterkorrespondenten gegenüber geäußert haben. Die Gewalt wird im Fernen Osten, wir sagten es vor einigen Tagen, zum Geburtshelfer. China schließt sich — es wird ein langer und langsamer Entwicklungsprozeß werden — gegen die Raubstaaten als Nation zusammen. Aber der Anfang ist da. Die Führer der Kantöner Regierung haben einen Aufruf an das chinesische Volk erlassen, in dem sie erklären,

daß sie in dieser Schicksalsstunde Chinas ihren Kampf gegen Nanking aufgeben.

Sie stellten ihre Truppen in den Dienst der chinesischen Republik und erwarteten, daß es jeder Chinese als nationale Pflicht betrachte, die japanischen Truppen zu bekämpfen.

Es gehe jetzt nicht um das Schicksal Schanghai, sondern um das Schicksal Chinas.

Der Aufruf ist von sämtlichen Führern der chinesischen Nationalbewegung in Kanton unterzeichnet.

Auch die sogenannten Generäle haben nach den letzten Meldungen ihre Rivalitätsstreitigkeiten für den Augenblick begeben und wollen unter einheitlicher Leitung gegen den Eindringling kämpfen.

Die Japaner spüren den Widerstand bitter. Ihr letzter Angriff auf Tschapei ist abgeschlagen worden,

Truppenverstärkungen werden angefordert. Bis zu ihrem Eintreffen sollen die Kämpfe eingestellt werden.

### Japans Prestige steht auf dem Spiel

Mit diesen Worten alarmiert der nach Tokio zurückgekehrte Admiral Sutsugu das Kabinett

und die japanische Öffentlichkeit. Infolgedessen sei es für Japan schwer, irgendwelche Vermittlungsbedingungen anzunehmen, die einen Zweifel an der Ueberlegenheit der japanischen Armeeließe. Ein deutlicher Wink an den Völkerbund und die anderen imperialistischen Mächte.

Daß sie ihn begreifen, geht klar hervor aus der Aussprache im englischen Unterhaus, wo der Außenminister, Sir John Simon u. a. ausführte:

Die englischen Interessen lassen sich in den beiden Worten

Friede und Handel

zusammenfassen. England erwartet von beiden Seiten, daß die Neutralen beiden Kämpfen keinen Schaden annehmen, die einen. Englands Pflicht ist es, sobald wie möglich die Einstellung des Kampfes herbeizuführen. Die Pflicht des Völkerbundes ist es, schnellstens die notwendigen Informationen zu sammeln und beide Seiten anzuhören.

Friede und Handel klingt natürlich schöner als die Wahrheit, die im Weltkrieg ausgesprochen wurde: business as usual — Geschäft wie immer; und solange ein Krieg den Handel, vor allem den Waffenhandel, fördert — und dieses tut er vorläufig um so mehr, je erbitterter das Ringen wird — ist alles in Ordnung. Nachher wird man schon dafür sorgen, daß man nicht zu kurz kommt.

Mit wachsender Besorgnis schaut man in Rußland

der Entwicklung zu. Anlässlich des 14jährigen Bestehens der Roten Armee hat der Kriegskommissar Woroschilow am Montag einen Armeebefehl veröffentlicht, in dem er besonders auf die gefährliche politische Lage hinweist. Die Rote Armee verfolge im Fernen Osten keine kriegerischen Ziele, sondern diene den Interessen des Friedens. Deshalb müsse sie wachsam sein und die Grenze

schützen, da weißgardistische Elemente veruchten, einen neuen Vorstoß gegen Sowjetrußland zu unternehmen.

Eins zeigt sich jedenfalls heute schon — und sollte eine Warnung an alle Völker sein — einen Krieg anzuzetteln ist heute das Leichteste, was es gibt; wohin es führt, das wissen die Brandstifter selbst nicht. Das internationale Proletariat aber müßte wachsam sein als es ist; auch in dem japanischen Feldzug gegen China, der „Polizeiaktion“, steht seine Sache auf dem Spiel.

## Goebbels verkündet Blut!

In seiner Rede, in der er Hitler zum Goebldenschaftskandidaten ausrief, machte Goebbels nach dem Bericht des „Angriff“ u. a. die folgenden Ausführungen:

„Der Wahlkampf, der vor uns liegt, wird kurz, aber hart sein. Wir setzen dafür das Schicksal der Partei ein, treiben eine Politik größten Risikos und wissen, daß der Gewinn am Ende dann auch in einem gerechten Verhältnis zum Einsatz stehen wird.“

Wir treten an! Und dann soll das Schicksal entscheiden.

Was wird die unmittelbare Folge von Sieg oder Niederlage sein? Vereißt das nie!

Wir waren nicht zufrieden mit den kleinen Dingen, die wir bisher zu meistern hatten. Wir wollten uns an großen Dingen erproben. Diese Aufgabe steht jetzt vor uns. Von morgen ab werden in Deutschland Millionen Menschen aufschreien: Volk erwache! Schlüß jetzt! Die Nation kommt. Deutschland marschiert! Und glaubt mir, unter der suggestiven Wirkung dieser Fanfarenstöße wird der Feind ins Weichen kommen. Aus dem Weichen wird Flucht, aus der Flucht wird Panik, und der Sieg wird dann in der entscheidenden Stunde an unsere Fahnen geheftet.

Von neuem bestätigen diese nur dürttig verüllten Aufforderungen zu Gewalttätigkeiten, daß die Nationalsozialisten bereit sind, die Reichspräsidentenwahl gegebenenfalls zur Terrorwahl zu gestalten.

ders das bei der Commerz- und Privatbank bzw. dem Barmer Bankverein angewandte Verfahren erkennen. Im ganzen wendet das Reich bei dieser Sanierung mehr auf, als das Aktienkapital dieser Bank nach der Wiedererhöhung einschließlich der Reserven ausmacht, erhält aber dafür nur 11,6 des 80 Mill. RM. betragenden Aktienkapitals, während 45 Mill. RM. zunächst von der Golddiskontbank übernommen werden. Geht es gut und werden die Aktien von der Golddiskontbank zurückgekauft, dann bleibt das Reich noch immer mit rund 80 Mill. Reichsmark an den Sanierungskosten beteiligt, verfügt aber nur über rund ein Siebtel des Stimmrechts, so daß die Bank so gut wie restlos dem Privatkapital ausgeliefert bleibt.

Damit wird auch erst die bis zur völligen Undurchsichtigkeit gehende Kompliziertheit des bei diesem Banksanierungswerk angewandten Systems verständlich; überall sind bewußt und absichtsvoll Hintertüren offen gehalten und Sicherheiten eingebaut, um so bald als möglich alle staatlichen Einflußmöglichkeiten wieder zu verberrikkieren und das ganze Bankensystem wieder auf rein privatwirtschaft-

liche Basis zu stellen, nachdem ihm durch die Hilfe des Reiches neues Leben eingehaucht worden ist. Das Reich — das ist der tragende Gedanke dieser Sanierungsaktion — hat nur den Buckel für das Finanz- und Industriekapital herzuhalten. Seine Mitwirkung an der Wirtschaft wird auf die Rolle einer freiwilligen Bruchschadenversicherung des Kapitalismus beschränkt. Es hat lediglich gerade zu stehen für das Malheur, das diesem auf seinem Weg passiert, und ist das leck gewordene Schiff wieder flott, dann schwingen sich sofort wieder die alten Kapitane auf die Kommando- brücke — bis das Schiff erneut auf eine Klippe stößt und der Steuerzahler erneut bluten muß.

Und damit wird auch jeder noch mögliche Zweifel an der Mission Brünings beseitigt: war es bisher seine Aufgabe, der bedrängten Kapitalistenklasse durch Lohnabbau, Zollerhöhung, Massensteuern und Subventionen von Fall zu Fall zu Hilfe zu eilen, um diese gegen allzu großen Blutverlust zu sichern, so stellt Brünig jetzt offen alle öffentlichen Finanzquellen restlos der Bourgeoisie zur Ver-

fügung und plündert den Staat zu willen der privaten Großkapitalisten.

Das ganze wird als „großzügige Rettungsaktion der deutschen Wirtschaft“ gepriesen. Aber einmal werden nur die Kapitalisten gerettet und zum andern wird das Reich in Zukunft gerade dort noch kürzer treten müssen, von wo aus zwar die stockende Wirtschaft auch noch nicht in Gang zu bringen ist, es aber doch möglich wäre, die Massen des Volkes gegen die ärgsten Schläge der Krise etwas zu schützen, wie Bereitstellung größerer Mittel zur Arbeitsbeschaffung sowie zur Erleichterung des Lebens der Arbeitslosen. Schließlich kann auch nicht übersehen werden, daß diese Bankhilfe die Reichsfinanzen, denn auf diese fallen alle Kreditübernahmen usw. zurück, einer Belastungsprobe ausgesetzt werden, die leicht noch verhängnisvollere Wirkungen auslösen kann, die das Gegenteil dessen sind, was die Reichsregierung offenbar von ihr erwartet. Von allem bleibt somit nur die Großzügigkeit, mit der die Reichsregierung die Staatskassen ausräumt.

# Der Fall Bullerjahn

Die Geschichte eines Justizverbrechens / Berichtet von Berthold Jacob

## 16. Fortsetzung

Am 16. November erstattet Bullerjahns Verteidiger

Strafanzeige wegen wissentlich falscher Anschuldigung gegen Porath.

Am gleichen Tag beantragt er auch die Bestelung des Leipziger Historikers Professor Goetz, Mitglieds der demokratischen Reichstagsfraktion, als Sachverständigen. Am 20. November bemerkt hierzu Oberlandesgerichtsrat Gutjahr:

„Ich bitte nicht anzuordnen, daß der Sachverständige Professor Goetz zur Hauptverhandlung am 8. Dezember geladen werde. Die Ladung kann dem Angeklagten überlassen bleiben... Das vom Sachverständigen abzustattende Gutachten ist daher nicht erheblich.“

Am 25. November beschließt der Senat entsprechend. Der erkrankte Landgerichtsrat Geier wird am 5. Dezember im Krankenhaus Eben-Ezer in Steglitz durch den beauftragten Richter, Reichsgerichtsrat Hüfner, vernommen. Unter Eid sagte Geier der Wahrheit entsprechend auf eine ausdrückliche Frage des Richters, ob die Vertrauensperson einen glaubwürdigen und Vertrauen erweckenden Eindruck gemacht habe, aus:

„Ich kann die Frage mit gutem Gewissen bejahen.“ Auf eine weitere Frage des Verteidigers, ob er den Eindruck hatte, daß die Vertrauensperson durch Angehörige des Werks sich bewußt oder unbewußt beeinflusst fühlen konnte, erteilte er die noch weit bedenklichere Antwort: „Diesen Eindruck hatte ich keineswegs.“

Dies, obgleich er wußte, daß die „Vertrauensperson“ sogar der Leiter des Werks war.

Am 8. Dezember wurde der Termin fortgesetzt. Am 27. November schon hatte der Verteidiger zum letzten Male versucht, die Vertrauensperson ausgeliefert zu bekommen. Er schrieb:

„... stelle ich den formalen Antrag, bei der zuständigen Verwaltungsbehörde um Auskunft darüber zu ersuchen, wer die ungenannte Person ist, die die belastenden Angaben über die Tätigkeit Bullerjahns bei der französischen und englischen Kommission gemacht hat. Gegenüber einer solchen Auskunft besteht diesseitigen Erachtens kein Schweigerecht. Im übrigen ist zu beachten, daß es sich bei den Zeugnisaussagen in der ersten Hauptverhandlung nicht um einen Spitzel handeln soll, so daß also möglicherweise der Angabe des Namens keine Bedenken entgegenzusetzen werden. Ich beantrage gleichzeitig, die betreffende Person zur Hauptverhandlung zu laden.“

Oberlandesgerichtsrat Gutjahr entgegnet: „Ich beantrage Ablehnung des Antrages, die Vertrauensperson zu ermitteln, da dieser Antrag sich als Beweismittlungsantrag und nicht als Beweisantrag darstellt.“

Am 1. Dezember entschied demgemäß der Vorsitzende:

„Die Anordnung von Ermittlungen nach dem dem Namen nach unbekanntem Person lehne ich ab, da von den Verwaltungsbehörden mitgeteilt worden ist, daß der Name geheim gehalten werden müsse.“

Am 8. Dezember sitzt an Stelle des Reichsgerichtsrats Krüger, der inzwischen Chefpräsident des Oberlandesgerichts Königsberg geworden ist, der Reichsgerichtsrat Mengelkoch im Gericht. Sonst ist alles unverändert. Die Öffentlichkeit wird ausgeschlossen. Vernommen werden nacheinander die Zeugen Major Dühring, Kriminalkommissar Goepner, Direktor Gebauer, Direktor Hellwig, die Lagerverwalter Fischer und Kliehm, der Werksicherheitsdienst-Leiter Pagenstecher, der Landgerichtsrat Krüger und die Aussage des Landgerichtsrats Geier wird verlesen. Ferner werden gehört: Der Ingenieur Groß, die Lagerarbeiter Kuschminder und Peim, der Werksicherheitsbeamte Spallek, die Eheleute Langner, ihr Schwiegervater Zanke, Dr. Härms, der frühere Kollege Bullerjahns, Abel und Porath. Alle unter Eid.

Bei Eintritt in die Verhandlung beantragte der Verteidiger, den französischen Leutnant Jost als Zeugen zu laden oder aber eine Auskunft von ihm einzuholen, daß der Angeklagte unschuldig sei.

Der Vertreter der Anklage beantragte, den Antrag wegen „Unbedeutendheit“ des Beweismittels abzulehnen. Der Antrag wurde aus diesem Grunde abgelehnt.

Die vernommenen Zeugen sagten aus, wie sie schon in der Voruntersuchung ausgesagt hatten, mit Ausnahme des Lagerverwalters Fischer, der sich unter seinem Eid nicht auf die von ihm vorher gemachten Bekundungen festlegen wollte: Bullerjahn habe ihm anlässlich der Schrottschiebung bereits gesagt, man könne an der Werksleitung dadurch Rache üben, daß man der Kontroll-Kommission die verbotenen Waffenlager verriete.

Der Kriminalkommissar Goepner von der Verteidigung in die Enge getrieben, sagte aus, der Unbekannte sei kein Ausländer, son-

dem eine hochangesehene deutsche Persönlichkeit aus der Industrie, in deren Glaubwürdigkeit gewissermaßen keinerlei Zweifel gesetzt werden dürfe... Eine weitere Frage des Reichsgerichtsrats Coenders, ob der Unbekannte vielleicht ein Mitglied des Vorstands oder des Aufsichtsrats der BKIW sei, schnitt der Vorsitzende ab. Goepner verweigerte die Aussage. Hier rief Bullerjahn dem Kommissar zu:

„Nennen Sie doch ruhig den Namen; das ist Generaldirektor von Gontard!“

Reichsgerichtsrat Rosenthal verwies ihm darauf jede weitere Frage nach dem Namen der unbekanntem Vertrauensperson.

Der Zeuge Porath wurde trotz seines augenscheinlichen Irreseins vereidigt. Als Bullerjahn ihn auf offenkundige Unstimmigkeiten seiner Aussage in erregten Worten hinwies und von Verletzung der Eidespflicht sprach, nahm der Vorsitzende den Zeugen weiter in Schutz. „Ein alter Mann kann sich irren.“ Porath war bereits im Saale gewesen, als der Strafgefangene Abel aus Waldheim zur Aussage vorgeführt wurde. Er hörte dessen Aussage mit an, der das Gericht selbst so wenig Wert beimaß, daß

sie zur Stützung des Urteils nicht mit herangezogen wurde. Aber nachdem Abel den Saal verlassen hatte, „erinnerte“ sich auch Porath plötzlich an den „Hauptmann Bullerjahn“. Er wollte eines Tages im Hof einen Briefumschlag mit einer ausländischen Briefmarke und der Anschrift: „An den Hauptmann a. D. Bullerjahn“ gefunden haben. Auf der Rückseite des Umschlags sei ein „fremdländischer Absender“ angegeben gewesen. Dem Gericht fiel bei dieser merkwürdigen Aussage nichts auf. Bullerjahn widersprach aufs entschiedenste, auch als Porath bekundete, zwei andere Arbeiter namens Heinrich Günther und Krause seien dabei gewesen, als er diesen Briefumschlag fand. Einer der beiden habe ihn dann Bullerjahn zurückgebracht und von ihm ein Trinkgeld dafür erhalten.

Auf Antrag der Verteidigung beschloß der Senat jedoch die Vertagung. Am 11. Dezember sollte die Verhandlung zu Ende geführt werden. Heinrich Günther und Krause waren zu diesem Termin geladen.

Günther bestritt den ganzen Vorfall, den Porath am 8. Dezember beeidigt hatte. Niemals habe er einen solchen Briefumschlag gesehen.

Das Plaidoyer des Oberlandesgerichtsrats Gutjahr gipfelte in dem Satz, alles andere reiche zur Verurteilung Bullerjahns nicht aus. Ueberzeugend und überführend sei

allein das Zeugnis der ungenannten Vertrauensperson.

Er beantragte die Verhängung der Höchststrafe von fünfzehn Jahren Zuchthaus.

Das Gericht erkannte nach längerer Beratung demgemäß.

Bullerjahn blieb bei diesem furchtbaren Schlag aufrecht. In den Vortrag des Urteils hinein fielen die mitfühlenden Worte des Berichterstatters Reichsgerichtsrats Hüfner, der eine Geste auf den Verurteilten hin mit dem Satz begleitete:

„Da steht man, was der Kerl für Nerven hat...“

Bullerjahn wurde abgeführt; das Verfahren war geschlossen. Ohne Möglichkeit der Berufung an eine andere Instanz, sollte er sich mit seinem Schicksal abfinden, denn das Reichsgericht entscheidet in Landesverratsachen in erster und letzter Instanz.

(Weitere Artikel folgen.)

## Das Mittelmeer zieht herauf

# Teufelsaustreibung

Der kleine Kurort Oberstauen im bayrischen Allgäu hat seine Sensation, die überall größtes Aufsehen erregt. Der Teufel bildet das Tagesgespräch! Die Gemüter erhitzen sich, Parteien bilden sich, ein finsterner Geist weht über dem Marktflecken. Die Weltuhr scheint um Jahrhunderte zurückgestellt. Und der Grund?

Der Ortspfarrer Leuchtenstein hat einer Besessenen am Weihnachtsabend 1931 den Teufel ausgetrieben!!

Zwei Monate hat der Pfarrer den Teufel gesucht, sein Opfer freizugeben. Dieses, ein braves Mädchen, war krank. Der Arzt erkannte die Anfälle und Krämpfe als Hysterie, doch die Geistlichkeit wußte es besser: der Teufel hatte sich in ihr eingenistet, sie war besessen!

Die beiden Pfarrer, die im Kampf mit dem Teufel siegten, haben nun eine Versammlung einberufen, die einen Massenbesuch aufwies. Ganz erklärlich, denn es sollte eine ausführliche Schilderung der Teufelsaustreibung erfolgen und seine Vorgeschichte. Referent: der Ortspfarrer und sein Kaplan. Es ist unmöglich, auf alle Einzelheiten einzugehen. Man fühlte sich ins tiefste Mittelalter zurückversetzt. Zur Erheiterung unserer Leser sei das folgende Gespräch des Orts Pfarrers mit dem Teufel angeführt:

Ich fragte den Teufel: „Wer bist du?“

„Isip ist mein Name.“

„Bist du einer der Obersten?“

„Nein, das bin ich nicht, das ist Beelzebub.“

„Welchen Rang hast du?“

„Ich bin nur ein mindermächtiger Geist der Unterwelt.“

„Warum bist du geschickt worden?“

„Um das Mädchen zu quälen.“

„Wie lange bist du schon in diesem Geschöpf?“

„Bereits zwei Jahre bin ich unbemerkt in ihm gewesen... Ihr kommt mit diesem Jesus wieder in meine Nähe... Ich könnte alles zerreißen.“

„Warum zerreißt du den Jesus nicht?“

„Ich kann es nicht, solange du ihn in der Hand hast.“

Der Teufel Isip erklärte dann auch noch auf eine Frage, daß Luzifer selbst z. Zt. dringend in Sowjetrußland (!!!) zu tun habe!

Man hörte dann, was der Teufel alles für Unfug anstellte: er kratzte an der Bettlade, er zerbrach ein Kreuz, er teilte Ohrfeigen aus, warf Flaschen umher, versteckte Kleider. Alle seine Teufeleien können nicht aufgeführt werden. Schließlich mußte er der Gewalt der Beschöpfung weichen, er ging, einen infernalischen Geruch zurücklassend.

Eingangs seiner Ausführungen betonte der Pfarrer, er habe die Versammlung einberufen, um eine brave Familie und ein braves Mädchen in Schutz zu nehmen. Man sollte dieses Mädchen nicht durch Fragen quälen.

Beim zweiten Vortrag, einen Tag darauf, war der Andrang noch größer: auf Lastautos kamen die Menschen aus der Umgegend. Diesen Erfolg hatte der Pfarrer nicht vorausgesehen. Er faßte sich diesmal kürzer. Von

der Wahrheit seiner Ausführungen ist der Geistliche überzeugt. „Was früher gewesen ist, das kann auch heute noch geschehen!“ sind seine eignen Worte...

## Die Kriegstoten

Die gesamte Todesernte des letzten Weltkrieges wird auf 11 Millionen geschätzt, die der Verwandeten auf 25 Millionen. Etwa 7 bis 8 Millionen Kriegskrüppel sind durch den Krieg rentenbezugsberechtigt geworden. Die Zahl der Kriegerhinterbliebenen beläuft sich etwa auf 12 Millionen.

Die Menschenopfer des Krieges betragen, soweit amtlich festgestellt ist, in:

	Ge-fallene	Ver-wundete
Deutschland	2 050 000	4 247 105
Frankreich	1 858 872	2 560 000
England (ohne Kolonien)	743 703	1 698 262
Italien	494 921	949 576

Dazu kommen die nicht amtlich gezählten Verluste Rußlands und Oesterreichs von etwa 5 Millionen.

Die Särge, nebeneinander aufgestellt, würden eine Strecke von Paris bis Wladivostock bedecken.

Würden die Toten wieder auferstehen, in Gliedern zu 20 Mann würden sie vier Monate brauchen, von früh bis abends, um vorbeisudfilieren.

In China sind die Rüstungsindustrie und der japanische Imperialismus bereits wieder an der Arbeit, die Reihe der Toten zu verlängern. Und Genf berät zwischen Banketten und Bordellen...

## Fretod durch Leuchtgas

Heidelberg 23. Februar 1932.

In einem Hause der Kaiserstraße wurden eine 31 Jahre alte Schreinerswitwe, die in einer hiesigen Textilfirma tätig war, ihr sechs Jahre altes Kind und ein 18 Jahre alter Bäcker-geselle, der in der Bäckerei des gleichen Hauses tätig war, durch Leuchtgas vergiftet tot aufgefunden. Aus Abschiedsbriefen geht hervor, daß sie den Tod freiwillig gesucht haben. Die Gründe sind nicht einwandfrei geklärt.

## Luftreise Akron beschädigt

Lakehurst, 23. Februar 1932.

Das Marineluftschiff „Akron“, das heute mit einem Inspektionskomitee des Kongresses an Bord starten sollte, erlitt einen Unfall. Das Heck des Schiffes riß sich vom beweglichen Ankermast los. Infolgedessen wurde die „Akron“ gegen den Boden gedrückt, wobei ein Steuer abgebrochen und der Heckbezug aufgerissen wurde. Die Inspektionsfahrt mußte verschoben werden.

## Explosionsunglück in Indien

Bangalore, 23. Februar 1932.

Durch Unvorsichtigkeit einiger junger Leute explodierten zwei Magazine, in denen Feuerwerkskörper lagerten. Dabei kamen sieben Personen ums Leben, zwei weitere wurden verletzt.

## Zwei Untertanen sterben...

Dresden, 23. Februar 1932.

Während der Ueberführung des Sarges mit der Leiche des Exkönigs Friedrich August vom Hauptbahnhof nach der Hofkirche kam es in der die Straßen säumenden Menschenmasse zu zahlreichen Ohnmachtsanfällen. Von den Sanitätskolonnen, die viele Sonderwagen eingerichtet hatten, wurden über hundert Ohnmachtsanfälle behandelt. Bei zwei Frauen, die ohnmächtig zusammengebrochen waren, konnte auf der Sanitätswache nur noch der inzwischen durch Herzschlag eingetretene Tod festgestellt werden.

## 64 000 Kinos in der ganzen Welt

Das Handelsdepartement der Vereinigten Staaten hat soeben eine Statistik erscheinen lassen, aus der hervorgeht, daß die Zahl der Filmtheater in allen Ländern der Welt, soweit sie der Statistik zugänglich waren, 64 000 beträgt. Allein im vergangenen Jahre 1931 wurden in Europa und in den Vereinigten Staaten noch 2000 Kinotheater größeren oder kleineren Umfanges eröffnet. In dieser Aufstellung scheinen die russischen Filmtheater, die in der letzten Zeit stark vermehrt worden sind, nicht enthalten zu sein.



## Rundfunkstörungen als System

Erst jüngst haben wir davon berichtet, daß die deutschsprachlichen Sendungen aus Moskau, die allabendlich um 20 Uhr auf Welle 1304 stattfinden, durch Störsender unverständlich gemacht werden. Inzwischen haben wir erfahren, daß diese Störsendungen als zum mindesten offiziös zu bezeichnen sind. Soweit es sich feststellen läßt, betätigen sich die schlesischen Sender besonders auf diesem Gebiet der technischen Rundfunkensur. Man muß fürchterliche Angst vor den russischen Vorträgen haben. Es ist sehr eigenartig, daß die ab 21 Uhr erfolgenden Sendungen in englischer Sprache nie gestört werden. Die konservative englische Regierung scheint sonach weniger ängstlich zu sein, als die angeblich demokratisch-republikanische deutsche...

Zwischendurch erfährt man auch, daß die deutschen Störsendungen nur Racheakte seien: Auch Rußland verhindere auf die gleiche Weise den Empfang deutscher Vorträge in Rußland, und die Schweden, die lieben germanischen Brüder im Norden, vertragen deutsche... Gottesdienste so schlecht, daß sie mit dem gleichen Mittel der Störsendung den Empfang deutscher religiöser Sendungen in Skandinavien verhindern sollen!

Wir haben noch nichts davon gehört, daß die Sender im Industriegebiet Berichte über Osthilfe und sonstige landwirtschaftliche Millionengeschenke unterdrückt haben, nichts davon, daß die Sender in landwirtschaftlichen Gebieten Meldungen über Lohnsenkungen in der Industrie verhinderten...

Auch Zensur, mag sie noch so unsinnig sein, kann System haben.

# Feuilleton der SAZ

## Das Leben Goethes / Von Anna Siemsen

Goethe wurde geboren als Sohn eines wohlhabenden Frankfurter Bürgers, der, selber aus einer Parvenufamilie stammend, durch Heirat mit den regierenden Geschlechtern verbunden war. Er war also durch Geburt wirtschaftlich gesichert, gesellschaftlich einer herrschenden Schicht angehörig, die in den engen Grenzen einer freien Stadt alle Vorrechte genoß, die eine ständisch streng gebundene Gesellschaft ihren Vornehmsten sichert. Damit war freilich auch der Grund gelegt für mannigfache Konflikte. Er lernte von klein auf sich als Bevorrechteter fühlen. Aber er stieß außerhalb der Grenzen Frankfurts auf alle die Hemmungen und Demütigungen, die einem Nichtadligen in Deutschland unvermeidlich entgegentraten.

Seine Kindheit blieb davon unberührt. Eine der fruchtbarsten, ältesten Kulturgegenden Deutschlands unter einem milden Klima, die Ueberlieferungen einer alten, ehemals reichen und bedeutenden Reichs- und Handelsstadt wirkten auf den frühreifen, äußerst empfänglichen Knaben. Die Besetzung Frankfurts durch die Franzosen vermittelte ihm Eindrücke der reifsten Kultur, die Europa damals besaß. Frühe Abenteuer nicht unbedenklicher Art in ihm fremden sozialen Kreisen reiften seine Lebenskenntnisse und Beobachtung. Schon mit sechzehn Jahren geht er nach Leipzig, das damals eine der größten deutschen Städte, Handelsmittelpunkt, moderne Universität, Zentrum der schwach erwachenden literarischen Bewegung und anerkannt war als Führer im guten Ton, „sein kleines Paris“. Der „wunderliche, eingewickelte“ Junge, ehrgeizig, lebensneugierig, wirft sich in bunte Abenteuer der Kameradschaft, der Liebelei, künstlerischer und literarischer Versuche, ohne sich ums Studium viel zu kümmern. Seine ersten Gedichte erscheinen, talentierte Nachahmungen französisch inspirierter Vorbilder. Nach drei Jahren muß er krank und einigermaßen „verbummelt“ nach Hause zurück, wo er, neunzehnjährig, seinen ersten dramatischen Versuch niederschreibt, eine fast erschreckend scharfe und nüchterne gesellschaftliche Studie: „Die Mitschuldigen“.

Anderthalb unbehagliche Jahre halten ihn Krankheit und Rekonvaleszenz zu Hause, dann geht er aufs neue in die Fremde. Diesmal versteht er das Schwimmen schon besser. Anderthalb Jahre in Straßburg bringen seine sehr nebenbei betriebenen juristischen Studien zu einem Abschluß, der dem Frankfurter Patriziersohn in der Heimat eine sichere gesellschaftliche Stellung verspricht. Wichtiger waren andere Einflüsse: die erste ernsthafte Liebe, heiß durchlebt, in seinen größten Dichtungen nachklingend, der bedeutende Eindruck Herders, vielfältige Kameradschaften und vor allem der Eindruck des Landes, der auf Goethe jederzeit ein gewaltiger war, und einer Kultur, in der sich deutsche und französische Elemente glücklich und untrennbar verschmolzen hatten. Er selbst hat die Wirkung als entschiedene Abkehr von allem französischen Wesen bezeichnet. In Wahrheit war es etwas anderes: die Abkehr von jener höfischen Konvention und starren Gebundenheit, welche vom französischen Hofe ausgehend, ganz Europa ein Jahrhundert lang gefangen hielt, und von der sich jetzt überall das erwachende Bürgertum befreite, in Frankreich, in England, zögernd und schüchtern auch in Deutschland. Diese Revolution gegen eine bis dahin unbedingte herrschende Klasse, den höfischen Adel und seine Tradition, kleidet sich in die Idee der „Rückkehr zur Natur“ und beim Goetheschen Kreis in die andere: „Rückkehr zu deutscher Art“. Mit politischem Nationalismus hatte das nichts zu tun. Politisch

war dieser Kreis um Goethe überhaupt gleichgültig. Ebensovienig war er gestimmt, gesellschaftliche Fragen zu sehen. Nicht die Menschheit, sondern der Mensch kümmerte uns, sagt Goethe selbst von dieser Richtung. Das Gefühl eigener Kraft, die Freude daran, und ihr verwandt die Freude an allem, was tüchtig und lebensvoll bei anderen erschien, das bestimmte Denken und Tun dieser jungen Menschen. Goethe hat bildlich diesen stürmisch kräftigen Individualismus auszudrücken versucht in dem Gleichnis Salomons von der Zeder, die gegen allen Neid und alle Verkleinerungssucht ihre Herrlichkeit behauptet und nur gegen die bescheidene Selbstbehauptung einer anderen Individualität sich duldsam zeigt:

„Das Gräslein, da der Wind darüber spielte, ergötzte sich und sprach: bin ich doch auch da, bin ich doch auch gebildet, klein aber schön, und bin Gräslein in Gottes Namen, sprach die Zeder.“

Diese Freude an der eigenen Kraft und an aller persönlichen Lebensäußerung führte Goethe zu dem großen Schilderer menschlichen Wesens, dem ersten Individualisten der beginnenden modernen Gesellschaft, zu Shakespeare, dessen Einfluß für das nächste Jahrzehnt überwältigend auf ihn wirkt. Und diese Befruchtung durch ein größeres Genie löst nun in überraschender Weise die Quelle dichterischer Eingebung bei ihm. Schon in Straßburg entstehen die Pläne zu einer Reihe von Dramen. Ihre Helden sind ausnahmslos große, aus der Menge hervorragende Einzelpersonlichkeiten, die im Kampfe um unbedingte persönliche Freiheit entweder zur höchsten Macht aufsteigen oder zugrunde gehen: Caesars, Mahomet, Prometheus. Sie bleiben fast alle Entwürfe, nur der Faust begleitet Goethe von nun an bis an sein Ende, und ein kleinerer Held, Götz von Berlichingen, wird in Frankfurt sehr rasch dramatisch geformt und begründet schnell den Ruhm des jungen Dichters.

Was sich in all diesen Entwürfen, Plänen, vollendeten Werken ausströmt, ist das unbedingte Streben jungen Kraftbewußtseins nach freier Entwicklung, selbständiger Leistung. Höchster Ausdruck dafür ist der Prometheus-Mythos mit der trotzig Absage gegen jede höhere Gewalt:

„Ich dir danken? Wofür? ... Hast du nicht alles selbst vollendet, heilig glühend Herz?“

„Hier sitz ich, Forme Menschen nach meinem Bild, Ein Geschlecht, das mir gleich sei, Zu leiden, zu kämpfen, zu genießen und zu freuen sich, Und Dein nicht zu achten ... wie ich.“

Diese Freiheitstrunkenheit las er in das Leben des alten Raubritters von Berlichingen hinein. Die Kehrseite, den Ekel und Ueberdruß an einer feindlich beschränkenden Welt gestaltete er im Werther, der nicht an seiner unglücklichen Leidenschaft, sondern am „Weltchmerz“ des Behinderten, in feindlicher Umgebung Verkümmerten, zugrunde geht.

Dem ungestümen Bekenntnis des jungen Dichters antwortete ein stürmischer Beifall der Öffentlichkeit. „Goetz“, mehr noch der „Werther“ erlangten Weltberühmtheit in ganz kurzer Zeit, wurden freilich auch völlig mißverstanden. Man sah im „Goetz“ nur die traudeutsche Biederkeit, im „Werther“ nur die Sentimentalität. Beides entsprach den Bedürfnissen der braven spießbürgerlichen Seelen, die sich über die Enge und Bedrück-

heit ihrer Existenz hinaus zu täuschen suchten. So blieb Goethe im Kreise seiner Bewunderer und der „Stürmer und Dränger“, die ihn nachzuahmen suchten, eigentlich einsam. Sein einziger naher Freund, der ihm geistig gewachsen war, der kluge und bittere Menschenverächter Merck, ging in unglückseligen Verhältnissen zugrunde. Und für Goethe selbst enthüllte sich bald das wirkliche Leben, das ihn umgab in seiner verzwickten, bürgerlichen Enge. Er hatte es sehr viel besser als alle seine dichterischen Freunde, die aus kleinen Verhältnissen stammten, mit der Not kämpfen mußten. Ihm war das Bett sehr behaglich gemacht: Erbe einer reichen ratsverschwägerten Familie, brauchte er sich nur als Rechtsanwalt zu etablieren, um in Frankfurt sicher aufzurücken von Würde zu Würde bis zum Stadtschultheiß, zum Oberbürgermeister. Für eine gute Heirat war auch gesorgt, und das Elternhaus, vom Keller bis zum Dach wohlversorgt, wartete auf ihn. Ein seltsames Schicksal für einen Prometheus, der Göttern und Menschen Fehde ansagen möchte. So sind die Frankfurt-Wetzlarer Jahre von 1771 bis 1775, in denen dieses behagliche Glückschicksal sich unabwendbar um ihn aufbaut, Jahre einer dauernden inneren Flucht. Sie führte ihn endlich nach Weimar.

Der junge Bürgersohn, der die bürgerliche Enge erfuhr und verwünschte, dem der Raum einer so in Ueberlieferungen gebundenen Stadt wie Frankfurt nicht genügte, sah in der Welt eines deutschen Hofes, im Umgang mit Adligen und Fürsten das Höhere und Freiere, das er ersehnte. Der junge Herzog von Weimar, der streng und eng unter der Vormundschaft seiner Mutter gehalten war, wollte sich in der Selbständigkeit austoben und -tollen, und meinte, in Goethe einen Kumpanen zu finden. Goethe aber unterlag der Marotte seiner Zeit, welche, politisch ohnmächtig, glaubte durch die Erziehung weiser Fürsten die Welt ändern zu können. So ging er nach Weimar im Glauben, dort die Freiheit und große Aufgaben zu finden. Er fand ein Ländchen von 120 000 Einwohnern, einen kleinen Hof mit allen Vorurteilen und Intrigen solcher Höfe. Er fand äußeren Aufstieg, Geheimrat- und Ministertitel, den Titularadel, die Aufgaben etwa eines heutigen Landrats und die ganze Enge der damaligen deutschen Gesellschaft, aus der es ein Entfliehen nur in die Verbannung gab.

„Ich habe unendlich gelitten“, schrieb er nach den ersten Weimarer Jahren an seinen Freund Jacobi. Und nach einem Jahrzehnt macht er noch einen Fluchtversuch — nach Italien. Auch der mußte mißlingen. Der deutsche Schriftsteller brauchte deutschen Boden und deutsche Gesellschaft. Goethe war zu klug, das nicht bald einzusehen. Und wenn er nach Deutschland zurückkehrte, so gab es nur zwei Möglichkeiten: den Weimarer Hof oder das Leben eines wohlhabenden Privatmannes, in dem er seinen Vater hatte versauern sehen. Das deutsche literarische Publikum bot nur eine sehr schmale Wirkungsbasis. Zur Subscriptionsausgabe seiner gesammelten Werke hatten sich nur 602 Subscribenten gemeldet. Seine früheren begeisterten Anhänger liefen jetzt anderen Göttern nach. In diesen Jahren machte er die bittere Erfahrung des Faust:

„Der Gott, der mir im Busen wohnt,  
Mag tief mein Inneres erregen,  
Der über allen meinen Kräften thronet,  
Er kann nach außen nichts bewegen.“  
So wählte er den Weimarer Hof mit allen

Konsequenzen, die sich ihm daraus ergaben. Er kam aus Italien zurück „unwiderstehlich in eine unwiderrufliche Verbannung gezogen“, und richtete sich in ihr ein als der unnahbare, undurchdringliche, unerforschliche Herr „Geheimrat“, als den ihm Mit- und Nachwelt von nun an kannte. Gegen seinen hohen Herrn, den Herzog, wappete er sich mit der Korrektheit des Hofmanns, die keine allerhöchste Intimität zuließ, gegen die kleine Gehässigkeit eines Residenzklüngels mit der höflichen Kälte, von der Schiller in jenen Jahren schrieb: „Er hat auch gegen seine nächsten Freunde keinen Moment der Ergießung. Er ist nicht zu fassen.“ In diesen Grenzen baute er sich das Leben auf: Genuß, wie ihm ein breiter Wohlstand gewährte, vom gepflegten Weinkeller bis zu den Freuden, die Christiane Vulpius' gesunde Schönheit ihm bot; Beobachtung der Welthandel unter vorsichtiger Ablehnung jedes tätigen Anteils, liebevolles Studium der Natur, die ihm immer mehr Inbegriff des Lebens sind, und in langen Pausen immer wieder seine Kunst. In immer vollendetere Form, in immer dunkleren und geheimnisvolleren Gleichnissen vertraut er ihr die Resultate eines Lebens an, dessen Einsamkeit und Unverständlichkeit er lebhaft empfand. Aber er war zu vorsichtig, um bittere Erkenntnisse, die niemand hören wollte, auszusprechen. Wo dies Bedürfnis ihm überwältigte, legte er sie seinen Mephisto, dem Prinzip des Bösen, in den Mund, oder vertraute sie verschlossenen Schubläden an.

Unterdeß wuchs gegen Widerstände, Neid, moralisierende Spießerei langsam sein Ruf, wurde europäischer, wurde Welt ruhm. Weimar fing langsam an, mit ihm zu renommieren, der Herzog versuchte mit diesem Ruhm bei Napoleon einen Großherzogstitel für sich herauszuschlagen. Er hatte schließlich ungefähr die Stellung eines kleinen Nebenfürsten neben dem offiziellen Hof, ohne daß er seine vorsichtige Korrektheit aufgab. Der Verkehr mit Schiller brachte ihm ein Jahrzehnt lang so etwas wie geistigen Austausch von Gleich zu Gleich. Später benutzte er seine Umgebung, spielte mit ihr wie ein ungeheurer, gutmütiger Hund mit kleinem Geziefer. Wenn sie anfangen, intim zu werden, wurde er ungnädig und zog sich zurück. Tiefe Erschütterung brachten in sein Leben nur noch eine Reihe von leidenschaftlichen Liebesabenteuern. Im Ganzen standen diese letzten Jahrzehnte unter dem Wahlspruch, den er immer und immer wieder predigte in den wechselndsten Wendungen: daß Entsagung das Schicksal aller Menschen sei, und daß nur ein Akt einer radikalen Resignation den Menschen von tausend immer wiederkehrenden Entsagungen befreien könne.

Ein seltsames Resultat eines Lebens, das äußerlich in stets wachsendem, selten gestörtem Wohlstand und Ansehen verlief, das erfolgreich erschien, und von dem er selber erklärte, es habe ihm im Lauf von mehr als achtzig Jahren kaum vier Wochen wirklichen Behagens beschert. Dies ganze Leben ist ein dauerndes Experiment eines sehr großen Menschen, sich in eine allzu kleine Umgebung einzupassen, sich einer Mittelwelt zu bequemen, die er übersah, und aus dieser Lage das Äußerste an Erkenntnis, an Leistung, an Wirkung herauszuholen. Es ist das Leben eines unbedingten Individualisten, dessen Lebenswille ihn zum Egoismus zwingt, denkbar fern jedem revolutionären Willen, jedem Gedanken an Aufopferung, wie wir sie heute so gern mit der Idee menschlicher Größe verbinden, dennoch gewaltig in seiner Wirkung, unvergleichlich als Ausdruck einer bestimmten Epoche und eines bestimmten Menschentypus, den er aufs reinsten in Stärke und Schwäche verwirklicht hat.



Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8

### 54. Fortsetzung.

Herr Vandercock, der früher angeblich Hahn hieß und sich seinen neuen Namen nur ausgesucht hatte, um von holländischen Vorfahren sprechen zu können, ist der größte Straßenreklamefachmann Amerikas. Außenreklame ist seine Devise. Er ist der Erfinder der feurig auftauchenden und dann wieder im Dunkel verschwindenden Kuppeln und Türme. Er ist es, der das Dunkel mit glänzenden Buchstaben vollschreibt, der farbige Lichter über die Häuser rieseln läßt, der die Straßen in Lichtkaskaden taucht, er ist es, der in die Nacht hineinschreit, wo die Menschen kaufen sollen, welche Bedürfnisse sie haben, was ihnen gefallen müsse.

Herr Strongs Zeitungen aber veranstalten schon seit längerer Zeit eine Kampagne gegen die übertriebene Straßenreklame.

Aerzte geben in Rundfragen Erklärungen ab, daß das starke Licht für die Augen überaus schädlich sei und die heutige Generation befürchten müsse, in Blindheit zu sterben. Man alarmiert die Polizei, um die Licht-

reklame verbieten zu lassen, natürlich nur aus allgemein menschlichem Interesse.

Herr Vandercock behauptet allerdings, die Zeitungen sähen in seiner Reklame eine zu starke Konkurrenz, die Anzeigeneinnahmen würden geringer.

Solche Verleumdung wissen die Zeitungen freilich weit von sich, sie fühlen nur Verantwortung dem Publikum gegenüber. Die Menschen wollten schon ohnehin nicht viel von Druckerschwärze wissen, sie sähen sich höchstens Bilder an oder die Leuchtbuchstaben, wodurch nicht nur die Augen, sondern auch das Seelenheil der Allgemeinheit gefährdet würde. Man begann sogar schon von der Kanzel herab gegen die Lichtreklame zu predigen.

Aber auch Herr Vandercock versteht sich auf geschickte Schachzüge.

Er erklärte sich für die Durchführung einer unentgeltlichen Außenreklame für alle Kirchen und Bethäuser bereit. Bald flammten überall in den Straßen elektrisch beleuchtete Kreuze und Bibelsprüche auf.

Freilich geben auch die Zeitungen den Kampf noch nicht auf. Die Plänkeleien werden unentwunden fortgeführt.

An geeigneten Bundesgenossen hätte es also Herr Fish nicht gefehlt. Auch unter den Zeitungskönigen waren solche, die lieber allein herrschen würden, als mit Herrn H. W. Strong die Macht zu teilen. Sie hätten sicher Interesse an den geheimen Quellen und Zusammenhängen der Strongschen Propaganda, obgleich sie sich natürlich hüten würden, sie der Öffentlichkeit bekanntzugeben. Man verrät nicht so leicht gemeinsame Geschäftsgeheimnisse, wenn man auch bereit ist, von ihnen zu profitieren.

Herr Fish zweifelt nicht daran, daß es ihm möglich sei, die Briefe in die richtigen Hände zu spielen und dadurch nicht nur einen gesellschaftlichen Skandal zu verursachen, sondern auch die wichtigen Verhandlungen Herrn Strongs zu stören.

Auch Marjorie hat viele Feindinnen. Wahrscheinlich würden die anwesenden Damen alle erfreut sein, wenn sie in eine lächerliche Lage käme.

Sie scheint etwas von Herrn Fishs Gedanken und Plänen zu ahnen, denn sie ist unruhig und ängstlich.

Herr Strong dagegen zeigt nur Gleichgültigkeit und Nichtachtung, statt Eile, mit Herrn Fish in Verhandlungen zu treten.

Gut, wenn er mit dem Geld nicht herausrücken will, schadet er sich nur selbst. Seine Feinde werden weniger kleinlich sein, wenn sie die Möglichkeit sehen, ihm zu schaden.

Diesen Gedankengang behält Herr Fish

nicht nur für sich, er verrät ihn einem der Sekretäre des Herrn Strong, der sich wieder in seiner Nähe zu schaffen gemacht hat.

„Sie spielen Ihre Trümpfe so schnell aus; wir könnten Sie jetzt ohne weiteres wegen Erpressung verhaften lassen.“

„Warum tun Sie es nicht? Nichts wäre mir erwünschter, denn kann sich wenigstens die Öffentlichkeit mit der Angelegenheit befassen. Wenn ein Räuber nach der Polizei ruft, kann man überzeugt sein, daß weit und breit keine in der Nähe ist. Ich muß schon sagen, daß Sie auf keine besonders geschickte Art mir Angst einjagen wollen.“

Eine Hand legt sich auf Herrn Fishs Schulter.

Sie gehört keinem Detektiv, sondern einem der Kapitäne.

„He, Junge, was fällt dir ein, herumschreien und lange Gespräche zu führen? Man hat sich schon über diese Bedienung beklagt.“

„Machen Sie Ihre Sache gut, Kellner.“ Der Sekretär ärgert Herrn Fish durch einen ironischen Seitenblick.

Zum Teufel auch diese Rennerei! Man kann kaum einen vernünftigen Gedanken fassen, spürt Arme und Beine, — verdammt Qualerei, dieses Bedienen! Der „schöne Alex“ hat nicht unrecht, eine Hochzeit ist kein Vergnügen, besonders nicht für die Kellner.

Der „schöne Alex“ hält sich immer noch in der Nähe auf, in den Gängen wartet er mit rührender Anhänglichkeit auf Herrn Fish, immer bereit, ihn mit Ratschlägen zu versehen.

## Frankfurt a. M.

**„Eiserne Front“-Kundgebung.** Als erster Redner sprach Scheidemann. Zunächst wärmte er sein Spezialthema auf: Kriegsschuldfrage. Dann kam er auf die nationalsozialistische Gefahr zu sprechen. Hitler dürfe auf keinen Fall zur Macht kommen. Man könne sich nur für Hitler oder Hindenburg entscheiden. Ein drittes gäbe es nicht. Hindenburg habe Achtung vor der Verfassung bewiesen! Wer für die Erhaltung der Kampfsmöglichkeiten der Arbeiterschaft sei, müsse Hindenburg wählen! So etwas macht Scheidemann, sozialdemokratischen Arbeitern vor, nachdem von der Verfassung gerade noch der Artikel übrig ist, der sie aufhebt. Nach Scheidemann führte der Reichstagsabgeordnete Metz seine Eiertänze auf. Er beteuerte, daß die Sozialdemokratie mit geistigen Waffen kämpfe. Er beklagte die Verrohung des politischen Lebens. Die Großindustrie würde eines Tages schon am eigenen Leibe merken, was sie sich in der nationalsozialistischen Partei für eine Räuberbande großgezogen habe. Vergeblicher Appell an die Einsicht der Besitzenden. Dann wurde Metz energisch: „Wir verlangen stürmisch von der Regierung und den maßgebenden Instanzen, daß sie das Arbeitsprogramm verwirklicht.“ Das stürmische Verlangen des Reichstagsabgeordneten Metz läßt die Regierung kalt. Nach Metz sprachen Mulansky und ein Vertreter der Arbeitersportler. „Republikaner, Republikaner“, so hieß es stets. Diese Anrede kennzeichnet den Geist der Veranstaltung. So lange die „Eiserne Front“ keine klassenmäßige Frontstellung darstellt, ist sie kein Bollwerk gegen den Faschismus.

## Hanau

**Kurz vor Weihnachten** war in der Hanauer Quarzlampefabrik und Vacuumschmelze ein Streik unter RGO-Führung ausgebrochen, obgleich jegliche Voraussetzung für den erfolgreichen Ausgang fehlten. Da nun aber unter allen Umständen die Anweisungen des „Generaltabes“ befolgt werden müssen, hatte sich die Hanauer RGO-Führung über Voraussetzung oder Nichtvoraussetzung den Kopf nicht zerbrochen. — Hauptsache war, daß die Arbeiter bei dem Kampfe stahlhart wurden, um für den Endkampf gerüstet zu sein. Und so kam, was kommen mußte: der Kampf endete mit einer katastrophalen Niederlage, die Arbeit mußte unter weit schlechteren Lohn- und Arbeitsverhältnissen wieder aufgenommen werden, als sie der Schiedspruch vorsah. 45 verheiratete Arbeiter blieben auf der Strecke. Doch lassen wir hier ein seither führendes Mitglied der RGO und Betriebsrat der bestreikten Firma (der mit auf der Strecke geblieben ist) selbst sprechen, indem wir den offenen Brief, den derselbe an seine bisherigen Mitarbeiter richtete, auszugsweise zum Abdruck bringen. Der ehemalige RGO-Führer — Georg Christner — versichert einleitend, daß er seine Tätigkeit für die RGO ausgeübt habe in der Meinung, damit den Interessen der Arbeiterschaft am besten zu dienen, und fährt dann fort: „Kollegen, ich warne euch! Wollt ihr jemals wieder Gelüste verspüren, den Parolen der RGO Folge zu leisten, so ruft euch unser Fiasko vor Augen. Ich wünsche, daß jeder Kollege, jeder Arbeiter erkennen möge, daß seine wahren Interessen in den alten Verbänden mit ehrlichem, verantwortungsvollem Fundament nur allein vertreten werden können, nicht aber von einer Organisation, die jegliches Verantwortungsgefühl entbehrt. Kollegen, ich sage euch dies alles von ehrlichen, klassenbewußten Proletarierstandpunkt aus, haltet euch in Zukunft an eure Verbände, sorgt für hundertprozentige Organisation, dafür, daß dieselben durch ihre wirtschaftliche Machtposition uns zum proletarischen Siege führen, nur die freien Gewerkschaften sind die, die berufen sind dazu.“ So sehen die Aktionen aus, die nach der KPD die Voraussetzungen schaffen müssen für den Entscheidungskampf. Die RGO hat in diesem Betrieb so gründlich ihre Position zerstört, daß jetzt bei einer von ihr einberufenen Betriebsversammlung, in welcher zur Neuwahl des Betriebsrates (an Stelle des Gemeinrates) Stellung genommen werden sollte, ganze zwei Mann erschienen waren. Ein Betriebsrat konnte bis heute noch nicht gewählt werden. Aus diesem erschütternden Bild ergibt sich, wohin diese Taktik der KPD führen muß. Sie ist gewissenlos, sie zerstört die Kampfkraft der Arbeiterschaft, bei der sie jegliches Vertrauen zerstört.

## Mainz

**Wir schaffen die Grundlage für die Einheitsfront.** Eine von der SAP in Hechtsheim bei Mainz abgehaltene Versammlung war ein neuer Beweis dafür, daß die SAP die Voraussetzungen für die Einheitsfront des Proletariats schaffen wird. Obwohl die SPD-Leitung die Parole des Versammlungsboykotts ausgegeben hatte, sah man eine Reihe sozialdemokratischer Arbeiter in der Versammlung. Die Kommunisten waren unter Führung des Genossen Baumann-Mainz der Einladung gefolgt. Vor etwa 120 Genossen sprach Genosse Portune über das Thema: „SAP und die proletarische Einheitsfront“. Seine Ausführungen fanden sehr aufmerksame Zuhörer und den ungeteilten Beifall der ganzen Versammlung. Das sachliche Referat zeigte bereits seine Erfolge in der Diskussion. Genosse Baumann von der KPD setzte sich durchaus sachlich mit dem Referenten auseinander. Genosse Portune konnte daher in seinem Schlußwort der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Zeit der Einigung des revolutionären Proletariats nicht mehr allzufern sein werde.

**Die legale Diktatur.** Den Reichspräsidentenwahlkampf eröffneten am Freitag die Kommunisten in Mainz. Als ihr Redner Keil in der Stadthalle-Versammlung ausführte, daß der Sieg der Arbeiterschaft nicht im Parlament, sondern auf der Straße entschieden werde,

## Genosse Dr. Thunert verhaftet

### Schandparagraph 218

„Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft wurde in Detmold der praktische Arzt Dr. med. Thunert festgenommen und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Folgender Tatbestand liegt der Verhaftung zugrunde. Vor einigen Tagen starb hier die 22jährige Angestellte Konradine Fr., wie es anfänglich hieß, infolge einer Grippe. Da jedoch der Verdacht auftauchte, daß der Tod auf andere Umstände zurückzuführen sei, wurde die Leiche beschlagnahmt und gerichtsärztlich obduziert. Dabei wurde festgestellt, daß das junge Mädchen an einer Blutvergiftung gestorben war. Die weiteren Ermittlungen ergaben, daß der Vater verbotene Beziehungen zu dem Mädchen unterhalten habe. Er wurde daraufhin festgenommen und auf Grund seiner Aussagen erfolgte dann gestern die Festnahme des Herrn Dr. Thunert, der übrigens beschuldigt wird, in zwei anderen, glimpflicher verlaufenen Fällen sich strafbar gemacht zu haben.“

Soweit der Polizeibericht. Genosse Dr. Thunert verhaftet, das ist heute Tagesgespräch. Unser Genosse Thunert, der nicht nur in Lippe, sondern auch in Westfalen, im Rhein-

land und in anderen Gebieten bestens bekannt ist, hat sich gerade auf dem Gebiete der Sexualreform und im Kampf gegen den Paragraphen 218 besten Ruf erworben. Sein Verdienst ist es, daß gerade in Lippe und dem angrenzenden Westfalen Sexualberatungsstellen eingerichtet wurden, die sämtlich unter seiner fachmännischen Leitung standen. Dann sei auch auf seine fortgesetzte Vortrags- und Versammlungstätigkeit hingewiesen. Er hat Broschüren und Flugschriften geschrieben zur Aufklärung der Massen, um größeres Unheil von den Proletarierfamilien abzuwenden. Jetzt hat die Staatsanwaltschaft seinem Wirken Einhalt geboten.

Wir werden das Ergebnis der Verhandlungen abwarten müssen, bevor wir selbst zu dem Fall Stellung nehmen. Eins sei jedoch noch erwähnt: Schon einmal, im Jahre 1925, war Thunert angeklagt, und damals wurde er zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Strafe wurde in Gefängnisstrafe umgewandelt und schließlich ein Teil der Strafe erlassen. Die Bevölkerung hat für Genossen Dr. Thunert Partei ergriffen. Man rechnet hier mit einer großen Protestkundgebung.

wurde die Versammlung polizeilich aufgelöst. Man hat bisher noch nie etwas von einer aufgelösten Naziversammlung gehört, obwohl die Naziredner in Mainz bluttrüchtige Reden aller Art halten. Ja, die Demokratie hat auch ihre zwei Seiten!

**Kundgebung der „Eisernen Front“.** In der Mainzer Stadthalle veranstaltete die „Eiserne Front“ am Sonntag ihre erste Kundgebung. Während rund 3000 Personen in der Halle Platz genommen hatten, war der Einmarsch der EF-Formationen — gemessen an früheren Aufmärschen des Reichsbanners und der in der „Eisernen Front“ zusammengekommenen Organisationen — mäßig. Etwa 500 Mann aller Gattungen marschierten in die Halle ein. Berechnet man, daß die vorjährige Parole: „Reichsbanner marschbereit“, am 21. Februar einen Einmarsch von etwa 850 uniformierten und 250 zivilen Reichsbannerkameraden sah, dann muß festgestellt werden, daß es der „Eisernen Front“ noch nicht einmal gelungen ist, die Hälfte der im Vorjahr vom Reichsbanner erfaßten Leute wieder zu organisieren. Außer der Jugend und dem Reichsbanner, die den übergroßen Teil der Einmarschierenden umfaßten, verschwanden die Hammerschaften der Sportler und die „Hunderschaften“ der Sportler ganz. Besonders die letzteren waren zu suchen. Außer einem Turner-Spielmannszug zählte man sechs Sportler im Dreß, fünf Sportlerfahnen mit einem Dutzend Begleitpersonen. Es ist also doch nicht so, wie Genosse Wildung in Mainz erklärte, daß die Sportler begeistert zu 95 Prozent den Parolen der „Eisernen Front“ Folge leisteten. — In der Kundgebung sprachen der hessische Innenminister Leuschner und Genosse Hauffe-Dresden. Sie beschäftigten sich insbesondere mit den Diktaturgelüsten der Nazis, ohne aber auch nur mit einem Wort auf den verkappten Faschismus und die legale Diktatur Brünings einzugehen. Bezeichnend war, wie beide Redner sich um die offene Stellungnahme der SPD zur Reichspräsidentenwahl herumdrückten. „Hindenburg“, so führten beide Redner aus, „ist nicht unser Mann“ — aber, man habe sich vor sieben Jahren getäuscht, so meint Genosse Hauffe. Hindenburg sei von der SPD 1925 verkannt worden. Er habe treu seinen Eid auf die Verfassung geleistet und deshalb — (die Antwort blieb allerdings aus). Man sieht, die SPD-Redner haben noch keine Courage, offen für eine Hindenburg-Kandidatur einzutreten. Dafür wird aber jetzt mit dem „verfassungstreuen“ Hindenburg Propaganda gemacht. Von Interesse ist auch die Äußerung des Genossen Hauffe, daß gegenwärtig der Feind nur rechts stehe. Alles, was die KPD bisher der SPD angetan habe, müsse nun vergessen sein. Vielleicht merkt sich das einmal die „Volkszeitungs“-Redaktion, die auch jetzt noch die „Eiserne Front“ gegen die Kommunisten ins Feld führen will und Tag für Tag einen durch nichts mehr zu überbietenden gehässigen Kampf gegen die SAP führt. — Die Versammlung nahm einen ruhigen Verlauf. Einige Nazis, die mit Stinkbomben die Kundgebung stören wollten, wurden bereits beim Betreten der Halle abgefaßt.

## Rüsselsheim a. M.

**Metallarbeiterversammlung.** Ein Teil der Genossen, die vielleicht etwas Sensationslust mitbrachten, um irgend etwas über den Fall Berner (Sekretär) zu hören, mußten sich entschlagen lassen. Der Bevollmächtigte (Piehler-Mainz) teilte mit, daß die letzten Vorkommnisse in Rüsselsheim, hervorgerufen durch den Sekretär am Ort, der des öfteren in betrunkenem Zustand die Geschäfte auf dem Verbandsbüro führte, soweit geführt hätten, daß die Kreisverwaltung gezwungen war, gegen ihn Maßnahmen zu ergreifen. Aber dies alles seien Dinge, die unbedingt in einer engeren Kommission erledigt werden müßten. Er stellte ausdrücklich fest, daß Verfehlungen in finanzieller Hinsicht nicht vorgekommen sind. Die Kommission, die zusammengesetzt ist aus Genossen aller von Rüsselsheim betreuten Ortsgruppen des DMV, wird in den nächsten Tagen zu dieser Sache Stellung nehmen müssen. Nach Erledigung dieser Angelegenheit sprach der Referent (Genosse Piehler-Mainz) über die Ursachen des Elends unserer Zeit und die Machtstellung der Unternehmer. Die Ausführungen über die Gegenwart und Zukunft lösten bei dem größten Teil der Anwesenden starken Widerspruch aus. Es wurde

von fast allen Diskussionsrednern in überzeugenden Ausführungen klargelegt, daß die Zeit des Wartens vorbei ist, daß dem Kapitalismus nur der Ausweg bleibt, die Lasten der Krise auf die Schultern des Proletariats abzuwälzen. Das zeigt auch die ganze Notverordnungs politik. Für uns als proletarische Klasse kann es nur eins geben: Hinweg mit dem kapitalistischen System, an seine Stelle die sozialistische Planwirtschaft. Daß der Kapitalismus nicht freiwillig abtritt, war für alle Anwesenden klar. Deshalb haben wir als Gewerkschafter die geschichtliche Aufgabe, die proletarische Klasse für diesen Kampf vorzubereiten und nicht sie zu verträsten „auf die Zeit, in der uns wieder die Sonne scheint“, — wie sich Genosse Piehler so poetisch ausdrückte. — Scharfe Kritik wurde geübt an dem Aufruf des ADGB für die „Eiserne Front“ in der hiesigen Ortspresse. Es wurde festgestellt, daß dies alles geschah ohne überhaupt die Delegierten des ADGB im Ortsauschuß zu befragen.

**Die braune Mordpest wütet auch bei uns.** In der letzten Naziversammlung im Hotel „Adler“ hatte man auch hier wieder auswärtige SS-Kolonnen zusammengezogen. Anscheinend wollte man sich für Buttler, der bekanntlich in Darmstadt angeschossen wurde, revanchieren. Denn ohne irgendwelchen äußeren Anlaß stürzten die SS-Horden plötzlich auf die Straße und überfielen harmlose Straßenpassanten. Ein Arbeitersportler, der ahnungslos vor dem Versammlungsort stand, wurde von diesen Banditen im Bogen über die Straße geschleudert. Andere Personen wurden geohrfeigt. Als kurze Zeit darauf einige Arbeiter die anwesende Polizei aufforderten, die Täter festzustellen, griffen ungefähr 50 SS-„Männer“ mit Schlagringen, Dolchen und anderen Waffen die Umstehenden an. Bei diesem Angriff erhielt ein Arbeiter mit einem stumpfen Gegenstand am linken Auge eine erhebliche Verletzung laut ärztlicher Bescheinigung. Die anwesende Polizei ging nun nicht gegen die SS vor, sondern drängte die Arbeiterschaft bis zur nächsten Straße zurück. Dabei wurden Personen nach Waffen untersucht, die Nazis natürlich nicht. Ein junger Mann wurde von der Polizei verhaftet, mitten durch die Nazi-banditen geführt und von diesen blutig geschlagen, ohne daß die Polizei auch nur das geringste unternahm. Daß hierdurch die Erbitterung der Rüsselsheimer Arbeiter auf das höchste stieg, ist leicht begreiflich. Nach Feststellung seiner Unschuld wurde der junge Arbeiter wieder entlassen; aber seine Nazi-abreibung hatte er. Nach Schluß der Versammlung mußten die SS-Huben unter polizeilicher Bewachung zum Bahnhof transportiert werden, um sie vor der empörten Menge zu schützen. Um diesen terroristischen Methoden der Nazis einen Damm entgegenzusetzen, ist es höchste Zeit, daß alle Proletarier von Rüsselsheim, gleichgültig ob Schutzbund, Kampfbund, Reichsbanner, Sportler oder andere Arbeiter, mitwirken, ein überparteiliches Abwehrkartell zu schaffen.

## Nieder-Ingelheim

**„Eiserne Front“ kämpft.** Gegen wen, lehrte uns die Versammlung am Freitag abend, wo die Genossen Dr. Gumbel und Lebert sprachen. Unsere Partei bat um eine Diskussion, die auch zugestanden wurde. Etwa 220 Besucher füllten den Saal, als Gumbel das Wort zu einer halbstündigen Polemik gegen die Nazis nahm. Von Sozialismus, Tolerierung, Notverordnung kein Wort. Erst die Diskussionsredner, Genossen Renth (KPD) und Hassemer (SAP), zwangen ihn, über diese Dinge zu reden. Hassemer rückte die Schuld der SPD ins rechte Licht und hielt Gumbel vor, daß er über die Schuld der SP Italiens am Faschismus in den von ihm besuchten Vorträgen ganz anders geurteilt habe. Hassemer stellte die Klasse über die Partei und forderte unter dem Beifall des größten Teils der Anwesenden, bei den Präsidentschaftswahlen den Kandidaten der Arbeiterklasse zu wählen. Dabei wurde er öfters von dem Berufsgenossen Lebert unterbrochen, obschon vorher kein Zwischenruf unsererseits fiel. Bekamen beide Diskussionsredner nur 15 Minuten, so merkte man nun die Taktik des Versammlungsleiters. Lebert sprach doppelt so lange, wie hier gewohnt, in persönlicher, verleumderischer Art, was ihm oft die Zwischenrufe Schwindler und Lügner eintrug. Genosse Gumbel sprach über eine Stunde im Schlußwort, leider blieb die

von Lebert angefangene Note bestehen. Auch ein Gumbel wußte nichts als die abgeleitete Walze der SPD, verteidigte die Tolerierung, und jetzt kämpfte die „Eiserne Front“ gegen SAP und KPD. Er ging auf Justizurteile gegen links, Freidenkerrevolte, Pazifistenverhöhnung, Schöpfkins Panzerkreuzerliebe gar nicht ein, bezeichnete es als Schuld der SP Italiens am Faschismus, weil diese kein Bündnis mit der bürgerlichen Mitte schloß, stellte die Notverordnungen als kleineres Uebel hin, um schließlich zu behaupten, durch die Wahl Hindenburgs werde Hitler von der Macht abgehalten. So zeigte sich auch hier, daß Gumbel als Verfechter des Reformismus seinen Mann stellt.

## Neustadt a. d. Haardt

**Arbeitersportler gegen „Eiserne Front“.** Bei der Generalversammlung der Freien Turnerschaft wurde zum Eintritt in die „Eiserne Front“ aufgefordert. Die Mehrheit der Versammlung wandte sich gegen den Beschluß des Bundesvorstandes. Die Sprecher der SAP erklärten, daß sie nichts gegen die persönliche Stellung der einzelnen Arbeitersportler zur „Eisernen Front“ einzuwenden hätten, aber Verwahrung legten sie dagegen ein, daß der Bundesvorstand in einseitiger parteipolitischer Einstellung alle Arbeitersportler glauben für die „Eiserne Front“ verpflichten zu müssen. Entsprechende Resolutionen wurden bei 90 bis 100 Versammlungsbesuchern gegen acht Stimmen angenommen.

## Stuttgart

**Das Antifaschistische Kartell trat mit einer Kundgebung „Eiserne Front oder proletarische Einheitsfront?“** von der Öffentlichkeit. Genosse Körner (KPO) eröffnete und leitete die Versammlung. Zuerst sprach Genosse Erich Hausen (KPO). Er zeigte den Bankrott des kapitalistischen Systems und der Tarnowschen Arzttheorie auf und ging dann auf die verhängnisvolle Rolle ein, die die Eiserne Front in der gegenwärtigen Situation spielt. Dem drohenden Vormarsch des Faschismus stehe die Arbeiterschaft noch zerklüftet gegenüber. Vor dem Untergang in die Barbarei könne nur die proletarische Einheitsfront retten. Mit dem Appell an die Besucher, sich für die proletarische Einheitsfront einzusetzen, schloß Genosse Hausen. — Nach ihm sprach Genosse Fritz Rück (SAP). Er ging aus vom Sieg der Konterrevolution nach 1918. Die KPD habe die Hoffnungen, die das klassenbewußte Proletariat auf sie gesetzt hatte, nicht erfüllt; sie sei nicht die revolutionäre Massenpartei geworden, es sei ihr nicht gelungen, die Wählerstimmen, die die SPD verloren hatte, restlos aufzunehmen. Auf der anderen Seite wollen die Führer der Eisernen Front keinen ernstlichen Kampf. Zwischen zwei Wegen habe das Proletariat heute zu wählen: zwischen dem Sieg des Faschismus und dem neuen revolutionären Aufstieg der Arbeiterklasse. Für den zweiten Weg sei notwendig die Schaffung der proletarischen Einheitsfront. — Besonderen Beifall bekam Genosse Rück, als er bekanntgab, daß der Vorstand der SAP die Parole ausgegeben habe, Thälmann zu wählen. — Eine Diskussion wurde nicht gewünscht, so daß Genosse Körner die Kundgebung mit der Aufforderung schließen konnte, in die überparteiliche proletarische Klassenwehr einzutreten.

## Feuerbach

**Genosse Fritz Rück trat in öffentlicher Versammlung ein für klare Scheidung vom Bürgertum, auch auf außerpolitischem Gebiet, und wandte sich mit Entschiedenheit gegen die Eiserne Front: „Man kann Hitler nicht mit Hindenburg bekämpfen.“** In der Diskussion teilte Genosse Deuschle (KPO) mit, daß der Vorsitzende des Feuerbacher Reichsbanners, Fuchs, unter die Einladung zu einer Versammlung der Eisernen Front auch den ADGB gesetzt habe, gegen den Willen des Ortsausschusses. Fuchs, der da war und der sich während der Rede von Rück durch lächerliche Zurufe hervorgetan hatte, konnte die Wahrheit dessen, was Deuschle gesagt hatte, nicht bestreiten. Bei dem Versuch, sich und die Eiserne Front zu verteidigen, hatte er nur einen Heiterkeitserfolg.

## Sterkrade

**Unsere öffentliche Versammlung gestaltete sich zu einem großen Erfolg für die SAP.** Mehr als 600 Arbeiter waren unserer Aufforderung gefolgt und hörten mit gespanntester Aufmerksamkeit das Referat des Genossen Sternberg über Krise, Faschismus und die Aufgaben der Arbeiterklasse. Auch in Sterkrade wächst in den Kreisen der Arbeiterschaft immer mehr die Einsicht, daß man möglichst früh zu einer überparteilichen, roten Einheitsfront im Kampf gegen den Faschismus kommen muß. Genosse Molzbek (KPD) betonte zunächst immer wieder seine Uebereinstimmung mit dem Referenten in allen grundsätzlichen Fragen und nur sehr zögernd vertrat er dann den Standpunkt des Führermonopols der KPD in der Einheitsfront. Genosse Holtei (SPD) drückte sich um alle entscheidenden Fragen herum. Genosse Sternberg wies in seinem Schlußwort darauf hin, daß die SPD-Arbeiter endlich durch Aktionen die Konsequenzen ziehen müßten, wenn sie mit der Haltung ihrer Führer nicht einverstanden sind. Der kommunistische Redner hatte erklärt, die Einheitsfront müßte von unten kommen und nicht von oben. Die kommunistischen Arbeiter sind bereit, mit uns auf überparteilicher Basis sich in einer gemeinsamen „roten Front“ zusammenzuschließen, von „oben“ werden ihnen jedoch dabei Schwierigkeiten gemacht. Die zahlreichen kommunistischen Arbeiter wurden bei den Ausführungen des Genossen Sternberg sehr nachdenklich. So war diese Versammlung ein großer Schritt vorwärts auf dem Wege zur „Roten Einheitsfront“. Zahlreiche Neuaufnahmen wurden schon in der Versammlung gemacht.

# Sportschau der SAZ

## Berlin-Brandenburg Arbeiter ringen und boxen

Ein Wettkampf in Luckenwalde

Am Sonnabend kamen in Luckenwalde größere Schwerathletik-Kämpfe zur Durchführung, im Ringen bezog die II. Mannschaft von Tegel von Luckenwalde I eine hohe Niederlage. Mit 22:6 Punkten mußten die Berliner geschlagen nach Hause gehen.

Im Boxen standen sich der ostdeutsche Meister A. B. C. 27-Stettin und Luckenwalde gegenüber, im Einleitungskampf der Schüler siegte Prozewski-Luckenwalde gegen seinen Vereinsgenossen Mankowski nach Punkten. Fliegengewicht: Plautz-ABC und Löffler-L. lieferten sich den spannendsten Kampf des Abends, den der Luckenwalder nach Punkten gewann. Bantamgewicht: Nowack-L. und Limmann-ABC waren zwei talentierte Anfänger; der Kampf ging über die Runden und endete mit einem knappen Punktsieg von Limmann. Federgewicht: Pfeuffer-L. brachte die große Überraschung, er schlug den ostdeutschen Meister Schmidt-ABC, bereits in der ersten Runde k.o. Leichtgewicht: Im Kampf Dreblow-ABC gegen Wegener-L. ging es hart her, Punktsieger wurde Dreblow. Weltergewicht: Gatz-ABC und Gottschalk-ABC zeigten einen interessanten, abwechslungsreichen Kampf, den Gottschalk nach Punkten gewann. Im zweiten Weltergewichtskampf gab es nochmals eine Überraschung: der technisch beste Mann der Stettiner, Lankowski-ABC, wurde von dem starken Berliner Kreismeister Kloß-Luckenwalde in der ersten Runde k.o. geschlagen. Die Vereinsbegegnung endete somit zu Gunsten von Luckenwalde mit 8:4 Punkten.

## Bezirksspiele der Handballer

Diesmal gab es nur Bezirksspiele. In der Bezirksklasse Osten spielten: Eiche-Bohnsdorf 2—FTGB-Nordost 3 3:4, Eintracht-Mahlsdorf 2—FT-Kalkbe 1:5.

Bezirksklasse Norden: FTGB-Buch—FTGB-Mitte 3:0.

Bezirksklasse Westen: Freiheit-Nauen sorgte für die Überraschung des Tages, denn der FTGB-Spandau wurde mit 2:0 (0:0) der Sieg entrisen. Allerdings ist zu bemerken, daß Nauen etwas Glück hatte, Spandau verlor deshalb, weil die Stürmer nicht besonders aufgelegt waren. Vor allem gefielen die Ersatzstürmer auf der linken Seite nicht.

Bezirksklasse Süden: FTGB-Süden 2 bewies wieder die Führerstellung, denn Berlin 12 mußte mit 9:3 daran glauben. FTGB-Süden 3—FS-Fichte 1:1, FTGB-Süden 5—FTGB-Westen 5:2.

Frauen: FTGB-Süden 2—Butab 0:1.

## Die Hockey-Spiele

Sehr schwache Leistungen zeigt der ASV-Rot-Weiß im Spiel gegen VfL-Ostring 2, das er 0:2 verlor. Vor allem fehlte es am Zusammenspiel und mangelnden Gemeinschaftsgeist.

Die Ostring-Mannschaft wartete diesmal mit fabelhafter Verständigung auf. Der Sieg war ihr zu gönnen. — Einen unentschiedenen Ausgang von 2:2 gab es zwischen VfL-Ostring und Tennis-Rot. Trotzdem war Tennis überlegen und zeigte gute Ballführung und gute Stockeicherheit. Ostring war die eifrigere Mannschaft und zeigte gegen früher Verbesserungen.

SV-Moabit—FS-Pankow 2 9:0, Tennis-Rot 3—ASV-Wedding 2 5:0, Tennis-Rot 4—ASV-Rot-Weiß Jugend 3:1, Volkssport-Neukölln—ASV-Schöneberg 5:1.

Bei den Frauen konnte VfL-Ostring—Tennis-Rot 2 mit 8:0 und ASV-Rot-Weiß—FS-Pankow 3:1.

## Wasserballspiele

Am Sonnabend siegte Möwe

In einem schnellen Spiel holte sich Möwe in sicherer Manier die Punkte gegen Neukölln mit 7:4 (3:3). Möwe zeigte die entschieden besseren Gesamtleistungen und erzielte den Erfolg durch geschickt angelegte Durchbrüche. Neukölln hielt das Treffen bis zur Pause noch offen, ließ dann jedoch stark nach und zeigte im Ausbau und Stellungsspiel sehr wenig.

Freie Fußballer Berlin e. V. Zusammenkünfte: Donnerstag, 25. Febr., 20 Uhr. Gruppe Norden: Wildenowstraße 5, Zimmer 3. „Wer macht was das nach“, 1. Jahrgang Norden. Südosten: Große Frankfurter Str. 16, Zimmer 5. Lichtbildvortrag „Das alte und das neue China“, Nordosten: Christburger Str. 14.

## Mainz-Wiesbadener Gebiet

Am Sonntag Spiele statt. So hatten die Mainz-Ginsheim 1. und 2. Mannschaft von Königstädten als Gast nach anfänglich verlegtem Spiel konnten die Ginsheimer Genossen 2:0 gewinnen. Die zweiten Garnituren trennten sich nach schöner Spielweise 1:1. — Die 3. Mannschaft der Freien Turngemeinde Mainz hatte die 2. Mannschaft von V.F.L. Mainz auf ihrem Platz und mußte 2:3 unterliegen. In einem Vorklassenspiel um die Meisterschaft der Fußballer in der 2. Bezirksklasse konnte nach klassischem Spiel Gonsenheim b. Mainz gegen Wiesbaden-Rambach 2:1 sicher für sich entscheiden.

Bei den Handballern hatte sich die Freie Turngemeinde Mainz die 1. und 2. Mannschaft von Bauschheim b. Mz. verpflichtet. Nach interessantem und schönem Spiel mußte die 1. Mannschaft von Mainz eine 6:2-Niederlage hinnehmen, während die zweite Mannschaft 11:0 verlor.

## Hessen und Hessen-Nassau

Fußball.

Durch die Entscheidung der Spruchkammer wurde der Turn- und Sportverein Naumburg bei Weizlar endgültig zum Meister erklärt. Die Vertretung des 9. Kreises bei den demnächst beginnenden Spielen um die Süddeutsche Meisterschaft dürfte damit in besten Händen liegen.

Meisterschafts- und Qualifikationsspiele in den Bezirken.

2. Bezirk: Im Spiel um den Verbleib in der I. Klasse setzte Fichte-Frankfurt gegen SV 19 Harheim mit 4:1 und Vorwärts-Frankfurt II gegen Wehrheim mit 3:1 im letzten Spiel um die Meisterschaft der II. Klasse verlor Cronberg in Altkirchen mit 1:4. — Im 3. Bezirk erkämpfte sich Altdorf a. d. L. durch einen 4:1-Erfolg über Lollar die Meisterschaft. — 4. Bezirk: Klüssfelden—Ostheim 3:0, Marköbel—Langenselbold 1:1, Mittelbuchen—Mühlheim a. M. 3:2. — 5. Bezirk: Um die Meisterschaft der II. Klasse spielten Rambach und Gonsenheim 1:2.

Privatspiele im 9. Kreis: Die FT Frankfurt-Nord trat bei Vorwärts-Neulisenburg stark ersatzgeschwächt an und verlor demgemäß 2:5 (0:1). — Vorwärts Frankfurt—

## Erster Hallenwerbeabend des ASV. Rot-Weiß

Eine recht gut gelungene Veranstaltung war es, die die erwartete Spannung brachte. Nach dem Einmarsch zeigte der ASV. Rot-Weiß einen Ausschnitt aus dem Übungsbetrieb, der sicher seinen Werbezweck nicht verfehlt haben wird. Bei den folgenden Wettkämpfen des ASV. Rot-Weiß und des ASV. Wedding waren die Männer und die Jugend der Gäste den Rotweißen überlegen. Die Frauen von Rot-Weiß konnten in recht eindrucksvoller Art den Vorsprung von Wedding einholen und sogar dem ASV. Rot-Weiß mit 99:109 Punkten zum Sieg verhelfen. Hart umstritten waren die Startkämpfe aller Klassen. Die Pendelstaffette des ASV. Rot-Weiß hatte einen guten Vorsprung und man sah sie schon als sicheren Sieger, als sie den Stab verlor, und Wedding, den Moment auszunutzend, diese Konkurrenz an sich reißen konnte. Ein 7-Minuten-Paarlaufen brachte Spannung und Erregung in die Halle. Die Kampfmannschaft des ASV. Wedding siegte mit einer halben Runde Vorsprung vor den beiden Mannschaften von Rot-Weiß. Bei Rot-Weiß I klappte der Wechsel schlecht, wobei viel Boden verloren ging. Die zweite Mannschaft von Rot-Weiß überraschte angenehm und war technisch der ersten überlegen. Der gemeinsame Gesang der Internationale schloß die gelungene Veranstaltung.

Gr.-Karben 2:0, V.f.B. Oberrad—Dietzenbach 1:1; Heusenstamm—FT Offenbach 2:0; Haufen b. O.—Dietzenbach 2:5; Wixhausen—Walldorf 3:3; Mainz-Ginsheim—Königstädten 2:0; Groden-Linden—Wattenborn 3:2; Groden—Wiesek 3:3; Erbstadt—Mittelbuchen 1:0; Marburg—Heuchelheim 0:3; Arheigen—Ertzhäuser 2:1.

Handball.  
Privatspiele: FTG Darmstadt—FTG Pfungstadt 7:0; Fichte-Frankfurt—Bürgel 2:4; FSV 94 Sachsenhausen—Nied 6:3; FT Offenbach—Arheigen 0:2; FTG Mainz—Bauschheim 2:6; Griesheim b. O.—Zeilsheim 7:3.

Schwerathletik.  
Serienkämpfe der Ringer: 1. Bezirk, A-Klasse: Mainz I gegen Alzey I 11:3; B-Klasse: Mainz II—Alzey II 7:5. Mit diesen beiden Kämpfen wurde die Serie beendet: in beiden Klassen holte sich Weisenau jeweils ungeschlagen die Meisterschaft. — Groß-Zimmern—Seeheim 8:6; Wersau—Zeilhardt 8:6.

Schwimmen.  
Klubkämpfe: Darmstadt—Offenbach 8:8; Frankfurt—Bernheim—AWV Offenbach 12:4 und 8:12.

Das 4. Frankfurter Hallensportfest findet am kommenden Sonntag, 28. Februar, 16 Uhr, in der Festhalle statt. In diesem Jahre ganz auf Kampfnummern eingestellt, verspricht es wieder eine glänzende Revue des Arbeitersports zu werden. Den ersten Teil bestreiten die Radfahrer, während nach der Pause die Leicht- und Schwerathleten, Turner, Fuß- und Handballer auftreten. Den Abschluß bildet das von Gen. Zimmermann-Leipzig einstudierte proletarische Festspiel „Kampf der Kolonnen“.

## Ergebnisse aus Sachsen

(Fußball.)

Bezirk Dresden: Cottbus—Friedrichstadt 3:0, Birkigt—Döhlen 5:3, Löhntau—Zschachwitz 3:3, Pötschappel—Dölitzsch 5:5, Babederg—Hellos 2:5, Beidenna—Lohwitz 6:3, Fortschritt—Kaditz 00 4:0, Kötzschenbroda—Sörnitz 3:2, D.V. 15—Pötschappel 1:1, Meiden—Döbelner Badspielclub 5:2, Coswig—Göltzscha 6:2, Sörnitz—Zethain 5:2, Kanitz—Bernsdorf 16, Kreis 4:1, Bodebeul—Kötzschenbroda 4:3.

Bezirk Chemnitz: Schönau—Sachsen 2:2, Konradin—Avorit 2:5, Rapid—Eimsiedel 3:2, Sportklub 08—Siegmar 5:4, Gröna—Friesen 7:2, VfL-Meerane—Crottenlaide 1:1, Pfeil-Ring 6:3, Stollberg—Neulanitz 2:5, Gössa—Jahn-Altohenitz 4:1.

Bezirk Mittweida: Rasensport Döbeln—Niederhalla 3:3, Rotwein—Frankenberg 2:4.

Bezirk Limbach-Burgstädt: Burgstädt—Hainichen 1:1, Taura—Meerane Crottenlaide 1:1, Herrenhilde—Sellersbach 6:5.

Bezirk Leipzig: Frischauf-Wurzen—Südwest 1:0, Eyrta—VfB-Riesa 4:1, Pögnau—Südost 2:2, Wabreg—Pausendorf 3:2, Engelsdorf—Schönefeld 03 2:2, Sportklub 09—Thekla 4:1, Gutzsch—Großschöcher 3:1, Amateure—Viktoria 2:2, Preußen—West 03 2:2, Nord—Fußballring 5:2, Mookau—Vorwärts West 2:3.

Handball.  
Bezirk Leipzig: Amateure 04—Tancha 8:5, Eutritzsch—Gohlis 4:6, VfK. Südwest—Gröttsch 4:2, Lindenau—Pausendorf 4:11, Mookau—Wilkau (Zwickauer Bezirk) 2:4.

Hockey: Lindenau—Ostvorstadt 3:2, Eiche—VfL Südost 2:1.

## Die Zwickauer Fußballer

haben schon mit der Austragung von Wochenspielen begonnen. Wider Erwarten stellte sich plötzlich nochmals Witterungsumschwung ein, der stark an den Winter erinnerte. Die Platz- und Wetterverhältnisse stellten an Spieler und Zuschauer erhöhte Forderungen. Wilkau—Viellau trübten sich nach interessantem

Kampferfolg mit einem Torverhältnis von 4:3. Seit ziemlich einem Jahre gelang den Wilkauern erstmalig wieder ein Sieg über Viellau.

Platzta konnte sich über Glauchau, das als Gruppenmeister mit um die Chemnitz Bezirksmeisterschaft kämpfte, mit 4:0 sicher behaupten. Netzschkau-Dorfstadt lieferten sich einen äußerst spannenden Kampf, der erstere mit 5:1 als Sieger sah.

Das Treffen Crimmitschau—Pöhlau verlief ebenfalls abwechslungsreich. Pöhlau verlor überraschend noch mit 7:1. Mülla—Rotschau nahm mit 6:2 einen unverwundlichen Ausgang. Friedrichsgrün—Härtensdorf zeigten typischen Ortsverienkämpfe. J. 5. Steiplein I holte gegen Crimmitschau I ein 3:3 heraus. Daß Punkte auf eigenem Platz schwer zu schlagen ist, mußte auch Wilkau erfahren. Es reichte nur zum 2:2.

## Organisationsnachrichten SAP

Ortsgruppe Wedding. Mittwoch, 24. Febr., 1945 Uhr, Mitgliederversammlung bei Brunsberg, Friedrichsgrün, Ecke Kunkelstr. Gen. Pezge spricht über politische Tagesfragen. Außerdem Vorbereitung des Reichsparteitag.

Ortsgruppe Friedrichshain. Mitgliederversammlung, Mittwoch, 24. Febr., 1945 Uhr, im Frankfurter Hof, Frankfurter Allee 114.

Ortsgruppe Prenzlauer Berg. Mitgliederversammlung, Freitag, 26. Febr., 1945 Uhr, in den Mita-Festsälen, Schönhauser Allee 139.

Ortsgruppe Charlottenburg. Mitgliederversammlung, Freitag, 26. Febr., 1945 Uhr, im Lokal Grunne, Pestalozzi-, Ecke Fritschestr. Gen. Brechenmacher, Kopenick, spricht über die Programmverwirklichung und über den Reichsparteitag. Außerdem wichtige örtliche Angelegenheiten. Alle Parteigenossen haben zu erscheinen.

Ortsgruppe Schöneberg-Friedenau. Mitgliederversammlung, Mittwoch, 24. Febr., 20 Uhr, bei Gerl, Merseburger Str. 7. Referent: Gen. Lewy. Thema: „Klasse oder Faschismus“.

Ortsgruppe Pankow. Mitgliederversammlung, Mittwoch, 24. Febr., 20 Uhr, bei Lehmann, Mühlentstr. 35, Ecke Maximilianstr. Aussprache über Sowjetrußland.

Ortsgruppe Teitow. Mitgliederversammlung, Donnerstag, 25. Febr., 20 Uhr, im „Weißen Schwan“. Erscheinen aller Mitglieder unbedingt erforderlich. Gäste willkommen.

Alle Afa-Mitglieder. Freitag, 26. Febr., 1945 Uhr, im Lokal Völschlaggr. Adalbertstr. 21a.

Antifaschistisches Kartell Wedding. Freitag, 26. Febr., 1945 Uhr, in Schreibers Festsälen, Triftstr. 63. Gesamtmitgliederversammlung. Referent: W. Schaber. Thema: „Unsere Aufgaben im Kampf gegen den Faschismus“.

Gesamtverband. Alle SAP-Genossen, die Mitglied des Gesamtverbandes sind und zur Sektion Gesundheitswesen und Reichsbund der Angestellten gehören, treffen sich zu einer wichtigen Besprechung Freitag, 26. Febr., 20 Uhr, im Lokal Behrend, Gipsstr. 3.

Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamten. Gesamtsitzung der SAP am 26. Febr., 20 Uhr, im Lokal Behrend, Gipsstr. 3. Wichtige Sitzungen.

ZdA-Genossen, die bei Behörden tätig sind, treffen sich zu einer Aussprache Freitag, 26. Febr., 20 Uhr, im Lokal Behrend, Gipsstr. 3. Wichtige Tagesordnung.

## SJV

Mitteilungen der BL.

Roter Karneval: Die Karten, die verkauft sind, müssen ab Montag von 10—17 Uhr im Sekretariat bezahlt werden. Bis Mittwoch müssen auch die unverkauften Karten abgerechnet sein.

Arbeitslosentafel Groß-Berlin: Morgen: Vorkarneval Freitag und Sonnabend freizeithilfliche Appelle. Morgen unbedingt um 11 Uhr im Jugendheim.

SJV-Sportler: Donnerstag wichtige Zusammenkunft. Hallensportler am 28. Februar, besorgt auch Karten März-Programm und Fragebogen sofort an das Sekretariat schicken.

Heute, Mittwoch, 24. Februar, 1945 Uhr Baltenplatz: Kommunistisches Manifest.

Falkenberg-Grünau: Arbeitsgemeinschaft.

Frankfurter Allee: Wir diskutieren mit der SAJ.

Lichtenberg: Arbeitsgemeinschaft mit Anna Harloch.

Siemensstadt: Arbeitsgemeinschaft.

Steglitz, Georg Ledebour: Wir beteiligen uns an der Diskussionssammlung der SAP. Lokal Wernicks, Rugestraße.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Roland Beutner, für Inserate: Jakobson & Hofmann. Verlag: Sichel Zeitungs-Verlagsges. m. B. Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27. Magazinstr. 15/16. „SAZ“ Sozialistische Arbeiterzeitung erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel. 1 Kupfergraben E 2 2904. Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel. Kupfergraben E 2 2905.

Bezugspreis für einen Monat durch die Spedition RM 2 40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM 2 10 und RM 36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2 10 und RM 36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2 10 monatlich zuzüglich RM 1 30 Porto.

Inseratenpreise: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Vertriebsgebiete. Alle Zahlungen sind zu leisten an: „Sichel Zeitungs-Verlagsges. m. B.“ Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Postabrechnungskonto: Berlin NW 7, Nr. 153 928.

## BESTELL-SCHEIN

Bestelle zur sofortigen Lieferung durch \_\_\_\_\_ exemplar

## „SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung“ Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Name: \_\_\_\_\_

Wohnort: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

monatlich . . . 2.40 RM. inkl. Bestellgeb  
wöchentlich . . 0.60 RM. inkl. Bestellgeb.  
bei Postbezug 2,10 RM zuzügl. 36 Pf.  
Zustellungsgebühr

Diesen Bestellschein nimmt entgegen jeder  
Vertrauensmann und Zeitungsobmann der  
SAP, der Briefträger, oder schicke ihn an:  
Sichel Zeitungs-Verlagsgesellschaft m. B. H.  
Berlin O 27, Magazinstraße 15-16.

## Staats- Theater

Jäger U. d. Linden  
Mittwoch, 24. Febr.  
19:30 — geg. 22:15 Uhr

## Carmen

8 Uhr

## Schauspielhaus

a. Gendarmenmarkt  
Mittwoch, 24. Febr.  
20 — nach 23 Uhr

## Lyra v. Bergerat

20 — gegen 22:45 Uhr

## Schillertheater

Charlottenburg, Kantstraße  
Mittwoch, 24. Febr.  
20 — gegen 22:45 Uhr

## Die endlose Straße

20 — gegen 22:45 Uhr

## Volksbühne

Passat u. Skulptur.  
01 Norden 304  
Mittwoch, 24. Februar  
Donnerstag, 25. Febr.  
8 Uhr

## Fährmann Henschel

8 Uhr

## Rose-Theater

Große Frankfurter Str. 132  
Mittwoch, 24. Februar  
6 und 8:15 Uhr

## Der Bettelstudent

6 und 8:15 Uhr

## Circus BUSCH

1. u. 2. Wochentag 3240  
1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100. u. 101. u. 102. u. 103. u. 104. u. 105. u. 106. u. 107. u. 108. u. 109. u. 110. u. 111. u. 112. u. 113. u. 114. u. 115. u. 116. u. 117. u. 118. u. 119. u. 120. u. 121. u. 122. u. 123. u. 124. u. 125. u. 126. u. 127. u. 128. u. 129. u. 130. u. 131. u. 132. u. 133. u. 134. u. 135. u. 136. u. 137. u. 138. u. 139. u. 140. u. 141. u. 142. u. 143. u. 144. u. 145. u. 146. u. 147. u. 148. u. 149. u. 150. u. 151. u. 152. u. 153. u. 154. u. 155. u. 156. u. 157. u. 158. u. 159. u. 160. u. 161. u. 162. u. 163. u. 164. u. 165. u. 166. u. 167. u. 168. u. 169. u. 170. u. 171. u. 172. u. 173. u. 174. u. 175. u. 176. u. 177. u. 178. u. 179. u. 180. u. 181. u. 182. u. 183. u. 184. u. 185. u. 186. u. 187. u. 188. u. 189. u. 190. u. 191. u. 192. u. 193. u. 194. u. 195. u. 196. u. 197. u. 198. u. 199. u. 200. u. 201. u. 202. u. 203. u. 204. u. 205. u. 206. u. 207. u. 208. u. 209. u. 210. u. 211. u. 212. u. 213. u. 214. u. 215. u. 216. u. 217. u. 218. u. 219. u. 220. u. 221. u. 222. u. 223. u. 224. u. 225. u. 226. u. 227. u. 228. u. 229. u. 230. u. 231. u. 232. u. 233. u. 234. u. 235. u. 236. u. 237. u. 238. u. 239. u. 240. u. 241. u. 242. u. 243. u. 244. u. 245. u. 246. u. 247. u. 248. u. 249. u. 250. u. 251. u. 252. u. 253. u. 254. u. 255. u. 256. u. 257. u. 258. u. 259. u. 260. u. 261. u. 262. u. 263. u. 264. u. 265. u. 266. u. 267. u. 268. u. 269. u. 270. u. 271. u. 272. u. 273. u. 274. u. 275. u. 276. u. 277. u. 278. u. 279. u. 280. u. 281. u. 282. u. 283. u. 284. u. 285. u. 286. u. 287. u. 288. u. 289. u. 290. u. 291. u. 292. u. 293. u. 294. u. 295. u. 296. u. 297. u. 298. u. 299. u. 300. u. 301. u. 302. u. 303. u. 304. u. 305. u. 306. u. 307. u. 308. u. 309. u. 310. u. 311. u. 312. u. 313. u. 314. u. 315. u. 316. u. 317. u. 318. u. 319. u. 320. u. 321. u. 322. u. 323. u. 324. u. 325. u. 326. u. 327. u. 328. u. 329. u. 330. u. 331. u. 332. u. 333. u. 334. u. 335. u. 336. u. 337. u. 338. u. 339. u. 340. u. 341. u. 342. u. 343. u. 344. u. 345. u. 346. u. 347. u. 348. u. 349. u. 350. u. 351. u. 352. u. 353. u. 354. u. 355. u. 356. u. 357. u. 358. u. 359. u. 360. u. 361. u. 362. u. 363. u. 364. u. 365. u. 366. u. 367. u. 368. u. 369. u. 370. u. 371. u. 372. u. 373. u. 374. u. 375. u. 376. u. 377. u. 378. u. 379. u. 380. u. 381. u. 382. u. 383. u. 384. u. 385. u. 386. u. 387. u. 388. u. 389. u. 390. u. 391. u. 392. u. 393. u. 394. u. 395. u. 396. u. 397. u. 398. u. 399. u. 400. u. 401. u. 402. u. 403. u. 404. u. 405. u. 406. u. 407. u. 408. u. 409. u. 410. u. 411. u. 412. u. 413. u. 414. u. 415. u. 416. u. 417. u. 418. u. 419. u. 420. u. 421. u. 422. u. 423. u. 424. u. 425. u. 426. u. 427. u. 428. u. 429. u. 430. u. 431. u. 432. u. 433. u. 434. u. 435. u. 436. u. 437. u. 438. u. 439. u. 440. u. 441. u. 442. u. 443. u. 444. u. 445. u. 446. u. 447. u. 448. u. 449. u. 450. u. 451. u. 452. u. 453. u. 454. u. 455. u. 456. u. 457. u. 458. u. 459. u. 460. u. 461. u. 462. u. 463. u. 464. u. 465. u. 466. u. 467. u. 468. u. 469. u. 470. u. 471. u. 472. u. 473. u. 474. u. 475. u. 476. u. 477. u. 478. u. 479. u. 480. u. 481. u. 482. u. 483. u. 484. u. 485. u. 486. u. 487. u. 488. u. 489. u. 490. u. 491. u. 492. u. 493. u. 494. u. 495. u. 496. u. 497. u. 498. u. 499. u. 500. u. 501. u. 502. u. 503. u. 504. u. 505. u. 506. u. 507. u. 508. u. 509. u. 510. u. 511. u. 512. u. 513. u. 514. u. 515. u. 516. u. 517. u. 518. u. 519. u. 520. u. 521. u. 522. u. 523. u. 524. u. 525. u. 526. u. 527. u. 528. u. 529. u. 530. u. 531. u. 532. u. 533. u. 534. u. 535. u. 536. u. 537. u. 538. u. 539. u. 540. u. 541. u. 542. u. 543. u. 544. u. 545. u. 5

## Die tägliche Vorwärts

In Solingen sprach Genosse Fritz Sternberg in einer gut besuchten Versammlung. Sechs Arbeiter traten in der Versammlung der SAP bei.

In Niedercunersdorf traten nach einem Referat des Genossen Fabian vier Arbeiter in die SAP ein.

Die Ortsgruppe Peine (Hannover) hat im Januar um 25 Genossen zugenommen, die Gruppenabende, die erst von etwa 30 Mitgliedern besucht waren, haben eine regelmäßige Besucherzahl von etwa 100 Genossen.

Die Ortsgruppe Niederhambach der SAP hat im Monat Januar 14 Neuaufnahmen machen können.

Durch intensive Werbearbeit einiger Jugendgenossen wurde es in Blankenburg am Harz ermöglicht, eine Ortsgruppe der SAP zu gründen!

Auch in Clausthal-Zellerfeld wurden eine Reihe Neuaufnahmen gemacht, so daß in kurzer Zeit dort ebenfalls eine Ortsgruppe entstehen wird.

Kamenz meldet: die Ortsgruppe Kamenz (Sachsen) wuchs vom 1. Januar 1932 bis 19. Februar 1932 von 33 auf 92 Mitglieder. Die Genossen werden das erste Hundert noch in diesem Monat überschreiten.

In Zschorlau (Sachsen) wurde eine aktive Ortsgruppe des SJV gegründet.

## Freie Gewerkschaft gegen Eisernen Front

Die Ortsgruppe Magdeburg der Allgemeinen freien Lehrergewerkschaft, der auch zwei SAP-Genossen angehören, erhielt von der Verbandsleitung die strikte Aufforderung, sich der „Eisernen Front“ anzuschließen. Den etwaigen andersdenkenden Einzelmitgliedern wurde bei der Gelegenheit

untersagt, gegen die „Eiserne Front“ aufzutreten.

Die Mitgliederversammlung beschloß daraufhin einstimmig eine Entschließung, in der in diesem Diktat ein

Verstoß gegen den demokratischen Aufbau und die statutenmäßige parteipolitische Neutralität des Verbandes erblickt wird. Als Vorbedingung einer proletarischen Einheitsfront müsse gefordert werden, daß die freien Gewerkschaften die Initiative dazu ergreifen und daß die Einheitsfront grundsätzlich allen Sozialisten offen zu stehen hat, während bürgerlich eingestellte Kreise ausgeschlossen bleiben müssen.

## Der nationalsympathische Richter

Prozeß um Oesterreich II

Berlin, 23. Februar 1932.

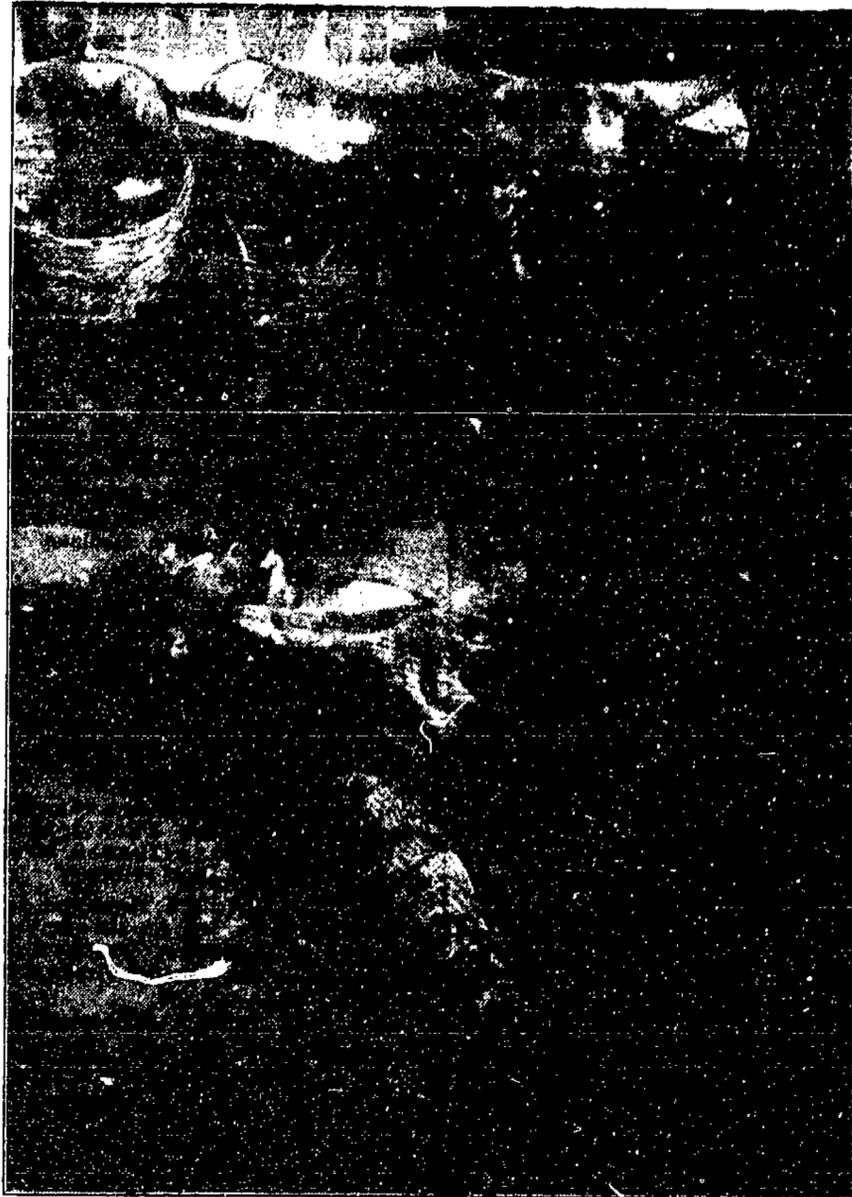
In dem Beleidigungsprozeß, den der Schriftsteller Dr. Beßmertny gegen den verantwortlichen Redakteur der Zeitschrift „Oesterreich-Deutschland“ Dr. Mischler (Eiserne Front) angestrengt hatte, verkündete Amtsgerichtsrat Bués zu später Stunde des Montag ein Urteil, das den Beleidiger freisprach. In seiner Begründung sagte der Richter: Die Vorwürfe gegen Dr. Beßmertny seien zwar nicht erwiesen, seine Ehrenhaftigkeit somit nicht in Frage gestellt — aber der Artikel gegen Oesterreich sei doch recht „unsympathisch“ und für jeden Oesterreicher so sehr verletzend, daß er dem Beklagten das Recht des Notstandes (und also auch das Recht der Verleumdung!) zubilligen müsse. Mischler hatte seinen und des Sektionsrats Wasserbäck Angriff auf Beßmertny mit der Überschrift versehen: „Bezählte Anschlußfeindschaft“. Herr Dr. Bués ist bekanntlich nicht nur der Neffe des früheren Reichsgerichtspräsidenten Simons, sondern auch derjeniger Richter, den Herr Rechtsanwalt und Reichstagsabgeordneter Frank II aus München, Hitlers Rechtsfreund, kürzlich mit dem schnell geflügelten Titel eines „national-sympathischen“ Richters geschmückt hat.

Wir sagten gestern schon, daß Herr Bués offenbar vom Bestreben geleitet sei, ein neues, vereinfachtes Preßrecht zu schaffen; jedenfalls muß auffallen, daß vor seinem Richterstuhl immer der wirtschaftlich schwächere Teil Unrecht behält und seine Begründung gar, die dem Kläger sein Anrecht auf Ehrenschutz versagt, weil er doch reichlich unsympathische, also von Herrn Amtsgerichtsrat Bués vielleicht als „national-unsympathisch“ empfundene, Artikel schreibe, beugt das Recht. Nach dieser richterlichen Entscheidung, von der wir hoffen möchten, daß sie der Anwalt des Klägers, Rechtsanwalt Dr. Wilk, anfechten möge, weiß jeder oppositionelle Journalist, wessen er sich künftig von dem Richterspruch des Herrn Bués zu versehen haben wird. b. j.

## Die Munition der Konterrevolution

Halle, 23. Februar 1932

Am Saaleufer wurden 120 Schuß Pistolenmunition, 34 Patronen Modell 98, 15 Patronen Modell 88 und 212 Patronen Modell 71 sowie eine Anzahl Leuchtkegel gefunden. Die Patronen lagen im Wasser und können erst kurze Zeit dort gelegen haben, da ein Teil der Munition in ein Exemplar der Hallischen Nachrichten vom 15. Februar 1932 eingewickelt war. Die polizeilichen Ermittlungen sind im Gange.



„Deutscher Arbeiter, her zu uns“ schreien die bezahlten Lockspitzel des Kapitalismus. Das „bessere“ Bürgertum, verrohtes Studentengesindel, schickt seine Schlägertrupps gegen die Arbeiterschaft.

Unsere Bilder zeigen die neueste „heldische“ Tat der Hitlerverbrecher in Bankau in Oberschlesien.

Dort war es zu Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Hakenkreuzern gekommen, worauf die Hakenkreuzler Verstärkung aus Kreuzburg anforderten. Die Verstärkung traf in mehreren Autos ein. Blindlings nach Opfern suchend, überfiel die SA auf offener Straße den völlig unbeteiligten Arbeiter August Bassy.

Sie schlugen auf ihn ein, er wehrte sich. Schließlich gelang es dem Geprügelten zu entkommen, er flüchtete in die Wohnung seines Vaters.

Die „heldenhafte SA“ stürmte dem einen Mann nach. Sie sprengten die Tür. Sie erschossen den alten Vater Bassy über den

Haufen und schlugen sich bis in die Kammer durch, in der August Bassy sich verkrochen hatte.

Sie erschossen August Bassy nieder.

Dann nahmen sie Holzschelte und Knüppel und schlugen auf das Opfer ein.

Dann gingen sie fort.

Doch bald kehrten sie wieder um, sie hatten noch nicht genug von ihrem Vergnügen.

In der Tür trat ihnen Frau Bassy entgegen und flehte sie an, ihrem Manne nichts mehr zu tun.

Darauf schrie Inspektor Baumert, Anführer der Mörder, sie an:

„Machen Sie, daß Sie wegkommen, sonst kommen Sie auch noch dran, der Kerl muß heute verrecken!“

Dann feuerten sie nochmals auf Bassy und schlugen solange auf ihn ein, bis er tot war.

Seine Frau stand daneben und mußte zusehen, wie die SA ihren Mann totschielt...

## Wahlen

### De Valera und die Arbeiterpartei

Keine Mehrheit der Republikaner

Dublin, 23. Februar 1932.

Das Ergebnis der Wahlen im Irischen Freistaat liegt jetzt mit Ausnahme der sieben Wahlkreise von Sligo-Leitrim, wo die Wahlen aufgeschoben worden sind, vollständig vor. Der Stand der Parteien ist folgender: Republikaner 68 Abgeordnete, Regierungspartei 53, Unabhängige und Farmer 15, Arbeiterpartei und Unabhängige Arbeiterpartei 9, Sprecher (neutral) 1.

Die Gewinne und Verluste verteilen sich wie folgt: Republikaner gewinnen 14 Sitze und verlieren 1, die Regierungspartei gewinnt 1 Sitz und verliert 9, Unabhängige und Farmer gewinnen 8 und verlieren 5, die Arbeiterpartei gewinnt 2 und verliert 5 Sitze.

Dazu wird aus London berichtet:

Die letzten Mitteilungen über die Stärke der Parteien im neuen Irischen Parlament zeigen, daß De Valeras Republikaner zwar die größte Parlamentspartei geworden sind, daß sie aber, selbst wenn sie alle noch ausstehenden sieben Sitze gewinnen sollten, keine absolute Mehrheit haben und somit auf ein Einvernehmen mit der Arbeiterpartei angewiesen sind. Wie „Times“ meldet, bestehen zwischen beiden Parteien aber Meinungsverschiedenheiten. Die Arbeiterpartei soll bereit sein, die Valeras Wirtschaftsprogramme zu unterstützen, eine Zerreißung des englisch-irischen Vertrages soll sie aber ablehnen. Die Erfüllung des Wunsches De Valeras, den Treueid abzuschaffen, würde dem Freistaat die Stellung eines britischen Dominions nehmen und auf die Pro-

klamierung einer unabhängigen Regierung hinauslaufen. Die Arbeiterpartei aber sei entschieden gegen eine solche Entwicklung.

### Diktatur-Wahlen in Bulgarien

Regierungsblock „sieg“ natürlich

WTB. Sofia, 22. Februar 1932.

In mehr als 1250 Gemeinden des Landes haben gestern Gemeinderatswahlen stattgefunden. Der Tag verlief in vollkommener Ruhe. Nach den bereits bekannten Ergebnissen hat der Regierungsblock 74 Prozent der Stimmen erhalten. Die Kommunisten bekamen 18 Prozent, die demokratische Vereinigung 6 Prozent, die Sozialisten 1 Prozent und die anderen Parteien 6 Prozent der abgegebenen Stimmen. Das kennzeichnende Merkmal dieser Wahlen ist der Rückgang des Kommunismus auf dem Lande.

### Im Kriegsrausch

Absolute Mehrheit der Seiyukai

Tokio, 22. Februar 1932.

Die Ergebnisse der allgemeinen Wahlen liegen jetzt vollständig vor. Die Regierungspartei Seiyukai erhält 301 Sitze,

die Oppositionspartei Minseitō 149 Sitze,

die Proletarierpartei 5 Sitze. Die übrigen Parteien teilen sich in 11 Sitze. Die absolute Mehrheit der Regierungspartei beträgt 136.

Riesenunterschlagungen in polnischem Finanzamt. Im Finanz- und Steueramt in Lodz wurden große Unterschlagungen, die insgesamt auf 14 Millionen Zloty (rund sieben Millionen Mark) geschätzt werden, festgestellt.

## Liquide Banken

Die staatlichen Geldinstitute stabil

Berlin, 23. Februar 1932

Zwei Bankinstitute, an denen der preußische Staat maßgebend beteiligt ist, legen soeben ihre Bilanzen für das Jahr 1931 vor, aus denen sich ergibt, daß sie sowohl das ganze letzte Jahr als auch besonders den 13. Juli weit besser überstanden haben als die Privatbanken. Belden gemeinsam ist, daß sie nicht in nennenswertem Umfang mit Auslandsgeldern gearbeitet haben, infolgedessen auch von den Kreditkündigungen weniger betroffen wurden.

Die preußische Staatsbank (Seehandlung), an der der Staat mit 100 Prozent beteiligt ist, weist einen nur geringen Rückgang des Umsatzes (von 37,4 Milliarden auf 33,5 Milliarden) auf. Auffallend ist hier die

außerordentlich starke Zunahme von Privatkunden,

die zu einer Steigerung der Privatkonten der Zahl nach um 45, dem Betrage nach um 85 Prozent führte. Damit ist der Beweis geführt, daß in Zeiten allgemeiner Unsicherheit, in denen das Vertrauen der Kunden zur Privatwirtschaft sinkt, die

öffentlichen Institute wachsendes Vertrauen genießen.

Es wäre wünschenswert, daß die Prophezeiung des Geschäftsberichts, daß mit wachsender Beruhigung das private Kundengeschäft wieder abnehmen wird, nicht in Erfüllung geht. Die frühere hohe Liquidität konnte nicht im vollen Umfange aufrecht erhalten werden, besonders weil die Sparkassen mit erheblichen Ansprüchen auf Diskontierung von Schatzanweisungen an sie herangetreten sind. Der Reingewinn ist, besonders infolge des Zinsrückganges, von 6,8 auf 1,3 Mill. zurückgegangen. Der Gewinn wird auf neue Rechnung vorgetragen, eine

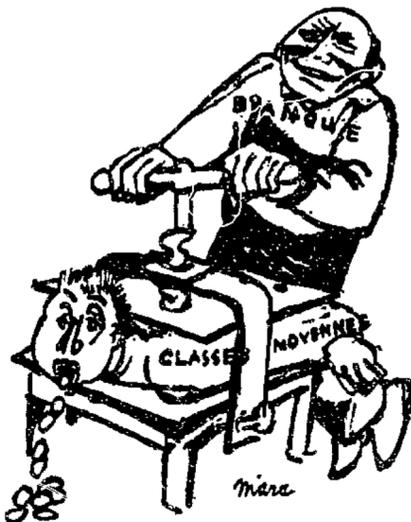
Ausschüttung an den Staat findet nicht statt.

Auch die Preussische Zentralgenossenschaftskasse (Preußenkasse), an der der Staat mit 50 Prozent beteiligt ist, hat gut abgeschlossen. Hier hat eine erhebliche Verschiebung der Kundenguthaben eingesetzt, an der vor allem die Konsumgenossenschaften beteiligt sind, die unter den festen Geldern überhaupt nicht mehr (im Vorjahr mit 17 Millionen), unter den täglichen Geldern sehr verringert erscheinen. Ihre Kreditansprüche sind dagegen von 4,1 auf 20 Millionen gestiegen. Die Einlagen der ländlichen Verbandskassen sind im Gegensatz zu denen der Konsumgenossenschaften angewachsen. Trotz der verringerten Einlagen konnten aber die gestiegenen Kreditansprüche der Genossenschaften voll befriedigt werden, was durch die

Heranziehung der Liquiditätsreserven

ermöglicht wurde. Auch in diesem Falle hat sich die Geschäftsführung der öffentlichen Hand bewährt, die Ansprüche der Privatbanken, die dem Krisensturm nicht standgehalten haben, auf Aufrechterhaltung ihrer Unabhängigkeit von der öffentlichen Wirtschaft ist durch nichts gerechtfertigt. Vielmehr wäre es anlässlich der neuen Banknotenverordnung an der Zeit gewesen, die Privatbanken nach dem Muster der beiden erwähnten Institute umzugestalten.

## Bis zum letzten Heller



Nach den Arbeitern kommen auch die Mittelklassen in die Presse des Bankkapitals. (People, Brüssel)

## Herrlichste aller Republiken

Selb. Bayern, 22. Februar 1932

Die kommunistische Demonstration gegen das Versammlungsverbot vom 3. d. M. hat heute vor dem Schöffengericht Hof ihre „Sühne“ gefunden. Es erhielten die Anführer Neumann, Fröhlich und Hey je ein Jahr, Freina und Zapf je zehn, Müller acht und Gschrei vier Monate Gefängnis. Gschrei wurde auf freiem Fuß belassen, die übrigen Angeklagten wurden sofort verhaftet.

# Die Arbeitslosigkeit in den Großstädten

Chemnitz an erster Stelle

Obgleich die Reichshauptstadt hinsichtlich der absoluten Zahl der Arbeitslosen schon seit langer Zeit an führender Stelle steht, ergeben sich in einer ganzen Reihe von bedeutenden deutschen Großstädten über 100.000 Einwohner noch wesentlich ungünstigere Auswirkungen der Arbeitslosigkeit, sobald man die Gesamtzahl der Erwerbslosen — d. h. der Hauptunterstützungsempfänger, der Krisenunterstützten und der Wohlfahrtserwerbslosen — in Beziehung setzt zur überhaupt vorhandenen Gesamtbevölkerung der Großstädte. Auf tausend Einwohner entfallen dann nach dem neuesten Stande vom 31. Januar 1932 in einer der bedeutendsten Großstädte des industriereichen Sachsens in Chemnitz 174,0 Arbeitslose, während für denselben Zeitpunkt in der Reichshauptstadt 138,2 Arbeitslose auf das Tausend der Berliner Bevölkerung gezählt wurden. Noch eine Reihe anderer Großstädte überflügeln unter diesem Gesichtspunkt betrachtet die Reichshauptstadt: So entfallen in Solingen 164,0, in Nürnberg 149,4, in Dresden 144,2, in Leipzig 142,9, in Breslau 139,7 und in Stettin 138,4 Arbeitslose auf das Tausend der jeweilig vorhandenen Arbeitnehmerschaft, während Braunschweig mit 137,5 Arbeitslosen pro Tausend der Bevölkerung die Berliner Verhältniszahl nahezu erreicht hat.

## „Illustrierter Beobachter“ verboten

München, 23. Februar 1932

Der „Illustrierte Beobachter“ wurde auf die Dauer von drei Wochen verboten. Anlaß zu diesem Verbot gaben die Ausführungen auf der Titelseite des Blattes und ein Artikel von Hermann Esser über die Reichspräsidentenwahl. Die Folge 9 wurde polizeilich beschlagnahmt und eingezogen.

## Oesterreich beschränkt große Noten

Da nach vorliegenden Berichten der Schmuggel von Schillingnoten nach dem Ausland in letzter Zeit wieder zugenommen haben soll, und da dieser Schmuggel sich vorwiegend in Noten zu 1000 Schilling abspielt, hat die Oesterreichische Nationalbank beschlossen, Noten dieser Kategorie in der nächsten Zeit nur in stark beschränktem Umfange auszugeben.

Diese kurze Nachricht läßt besser als umständliche Abhandlungen den Unsinn jener Wagemannschen Idee von der Funktionsteilung der großen und kleinen Noten und die völlige Ahnungslosigkeit all seiner geschwätzigen Nachbeter erkennen. Die großen Noten sind in der Praxis die besten Schmuggelobjekte und wer diesen in der Deckung noch eine Vorzugsstellung einräumt, fördert darum noch die Kapitalflucht und damit auch all die Gefahren, die für die Währungsstabilität eines in Devisennot befindlichen Landes mit dieser verbunden sind.



## Scharfschützen-Feuertaupe

Berlin, 23. Februar 1932.

Scharfschützen nennt Resi Langer eine Schar junger, aktivistischer Kabarettisten — wohl in Erinnerung an die Scharfrichter der Weckindzeit —, die sie um sich gesammelt und am Montag im Schubertsaal am Nollendorfplatz zum ersten Male ins Gefecht geführt hat. Daß diese Scharfschützen nicht der großen Abrüstung zum Opfer fallen, mit der die weisen Männer von Genf ja nun durchaus ernst machen wollen, das kann man nach diesem ersten Abend nur wünschen.

Unbeschwert von Sentimentalitäten, Traditionen oder sonstigen Rücksichtnahmen, politisch aufs beste pointiert, aggressiv, so gehen die Scharfschützen allem zu Leibe, was Hohn und Spott nicht standhalten vermag. Ob sie sich als Zielscheibe den aktionsunfähigen Völkerverwahrlosten oder den Tolerierungsmasochismus der SPD, ob sie die Blöße einer Magazingeschichte verglossieren oder den von der Filmindustrie erfundenen Normalmenschen, fast immer sind es Volltreffer, die sie landen. Neben der Kommandeuse Resi Langer, die das Programm witzig konferiert und als Mütterchen SPD einen Sondererfolg buchen kann, erweisen sich als Meisterschützen Cilli Wang (Marionetten-Jagdabenteuer und „Der kleine Geist“), Carlheinz Carell (Der Mann aus Cottbus und Der Gewissensbiß), Robert Klein-Lörk (Der Clown der Republik) und Igor Pahlen, eine Art Ernst Busch (Die Schätze dieser Erde). Bemerkenswert sind auch der Tänzer Wolf-Ferrari als gepuppter Friedensengel, Ellen Frank und der Zeichner Werner Saul. An den Flügeln Tibor Kasics und Werner Michel, der zugleich der begabte Hauskomponist der Truppe ist.

Man kann nur wiederholen: nicht abrüsten, Scharfschützen! Und heraus aus dem snobistischen Westen, hinein in die Arbeiterbezirke mit diesem Programm! —n.

# Der Aufschwung der SAP

## 71 Ortsgruppen im Bezirk Zwickau-Plauen

Zwickau, 21. Februar 1932.

Im Planitzer Volkshaus, in dem auch der letzte Parteitag der SPD für den Bezirk Zwickau-Plauen vor der Spaltung, der bereits von den kommenden Ereignissen überschattet war, vonstatten ging, traten die Delegierten des Parteibezirks der SAP am Sonntag, zu ihrem ersten Bezirksparteitag zusammen. Von der Bühne leuchtete die Farbe des Proletariats, und von oben sah das Bild Paul Levis, in dessen Geiste die Konferenz verlief, in den Saal hinein.

In sinnvoller Weise demonstrierte ein Sprecher der Arbeiter-Kinderfreunde und Schutzbundgenossen die schicksalhafte Verbundenheit der jungen und der alten Generation des Proletariats, bevor der offizielle Teil der Tagung begann. Walter Merz, Plauen, der nach dem Wegzug Klaus Zweilings aus Plauen provisorisch die Leitung des Parteibezirks übernommen hatte, sprach den Kindern für diesen schönen Gruß den Dank der Delegierten aus, begrüßte diese und proklamierte als wichtigste Aufgabe, die wir zu erfüllen haben, die Herbeiführung der Einheitsfront des Proletariats.

Nachdem einstimmig beschlossen worden war, die Redezeit auf 10 Minuten zu beschränken, nachdem Genosse Häuser, Planitz, für die Planitzer Parteiorganisation einige Worte der Begrüßung gesprochen hatte und nachdem die Wahl der Mandats- und Wahlkommission vorgenommen worden war, nahm

### Genosse Max Seydewitz

das Wort zu einem Referat mit dem Thema: „Die Krise des Kapitalismus und die Lage der deutschen Arbeiterklasse.“

Genosse Seydewitz kennzeichnete die Krise, die wir gegenwärtig durchleben, als eine Krise des kapitalistischen Systems in der Niedergangsepoche der kapitalistischen Gesellschaft. In dieser Krise müsse die Arbeiterschaft den Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft führen, sie könne nicht, wie das die Sozialdemokratie tun wolle, auf eine Zeit der Prosperität warten. Gewiß habe die kapitalistische Gesellschaft noch Möglichkeiten, für sich eine Erleichterung der wirtschaftlichen Verhältnisse herbeizuführen. Die Vorgänge im fernen Osten und die verschiedenen Inflationspläne seien solche kapitalistischen Versuche eines Auswegs aus der Krise. Bisher hätten jedoch alle kapitalistischen Mittel, die die Krise zu mildern, nur zu ihrer Verschärfung geführt.

Die Krise sei nur noch zu überwinden durch die proletarische Revolution.

So sei die Frage der Beseitigung der Wirtschaftskrise: einer politischen Machtfrage geworden.

Unsere Aufgabe sei es, diesen Machtkampf, der zum Sturz des kapitalistischen Systems führen müsse, aufzunehmen.

Der Sturz des kapitalistischen Systems könne jedoch nicht plötzlich herbeigeführt werden. Das kapitalistische System müsse von uns systematisch weiter erschüttert werden.

Den Anfang dazu müßten Tageskämpfe bilden, die von unten herauf, also aus den Massen selbst und nicht durch RGO-Parolen, entstehen und von breitesten Massen geführt werden müssen.

Diesen Tageskämpfen würden weitere Schritte folgen, die schließlich zum Sturz des kapitalistischen Systems und zur Gründung der sozialistischen Gesellschaft führen. Einen anderen Ausweg aus der Krise gebe es für die Arbeiterschaft nicht, auch nicht durch die „Eiserne Front“, die nur ein neues Betrugsmanöver des SPD-Apparates sei.

Die Klassenfront aller revolutionären Arbeiter zu schaffen, sei die große geschichtliche Aufgabe, die der SAP gestellt worden ist.

Unter Hintansetzung ihrer Parteiinteressen habe sie deshalb auch die Parole ausgegeben, bei der kommenden Reichspräsidentenwahl Ernst Thälmann als proletarischen Klassenkandidaten zu betrachten, und für ihn zu stimmen.

Nach einigen Bemerkungen über das Rätesystem, das er noch nicht genügend geklärt hält und das erst von den Massen noch diskutiert werden müsse, schloß Genosse Seydewitz: Die Einheitsfrontorgane des revolutionären Proletariats müssen von uns in den Betrieben und bei den Erwerbslosen geschaffen werden. Im Ringen um die Erfüllung dieser Aufgabe werden wir die Kraft und die Stärke bekommen, die wir brauchen, um die Einheitsfront des Proletariats zu erzwingen. (Lebhafter Beifall.)

In der Diskussion brachte Walter Fischer, Wilkau, zum Ausdruck, daß die Räte kein leeres Schlagwort mehr seien, sondern von uns gefordert werden müßten. Die Entscheidung für die Thälmannkandidatur hielt er für falsch, die sozialdemokratischen Wähler könnten wir damit nicht von ihrer Partei lösen, von unseren Genossen müsse jedoch die Parole der Partei befolgt werden. Max Schlosse, Klingenthal, wandte sich gegen das dumme Gerede, daß wir uns zu einem Anhängsel der KPD gemacht hätten. Wir überragen alle anderen bestehenden Par-

telen, auch die KPD, die nur eine Folge der reformistischen Politik der SPD und in ihrem politischen Denken durchaus im Bürgerlichen stecken geblieben sei. Die SAP sei die revolutionäre Partei der Arbeiterschaft und keine zentristische Partei.

In seinem Schlußwort forderte Genosse Seydewitz die Bildung von Aktionsausschüssen mit der KPD zur Durchführung der Wahl Thälmanns und die Organisation von gemeinsamen Wählerversammlungen mit der KPD.

Nach Beendigung der politischen Debatte erstattete Genosse Walter Merz, Plauen, den Geschäftsbericht für die Zeit von der Gründung der SAP bis zum Ende des Geschäftsjahres.

Die SAP ist im Bezirk in ständigem Wachstum begriffen.

während die SPD nach den Angaben in ihrem Geschäftsbericht über 4400 Mitglieder verloren hat. Allein im Monat Januar wurden über 200 öffentliche Versammlungen abgehalten. Die Einheitsfrontparole hat bei den Massen gute Aufnahme gefunden.

In kurzer Zeit ist es uns gelungen, unsere Organisation aufzubauen.

wobei uns zugute kam, daß sich in unserer Partei die besten Funktionäre der SPD zusammengefunden haben. Arbeiter, kämpft und siegt! (Beifall)

Genosse Ludwig Hacke, Plauen, gab den Kassenbericht. Von den aus dem Verkauf der Mitgliedsmarken eingegangenen Geldern konnten alle laufenden Verpflichtungen erfüllt werden, während

der Bezirk der SPD nach seinem Geschäftsbericht im letzten Vierteljahr des abgelaufenen Geschäftsjahres vom Parteivorstand einen Zuschuß in Höhe von 19 700 Mark erhalten hat und trotzdem noch zu außerordentlich einschneidenden Sparmaßnahmen gezwungen ist.

Genosse Felix Unger, Eibenstock, berichtete über die Feststellungen der Mandatsprüfungskommission.

71 Ortsgruppen zählt der Bezirk jetzt, von denen 13 wegen der großen räumlichen Entfernung vom Tagungsort nicht auf dem Bezirksparteitag vertreten waren. Anwesend waren 84 Delegierte, sämtliche Mitglieder des Bezirksvorstandes der SJV, Genosse Seydewitz als Vertreter des Hauptvorstandes und der Reichstagsfraktion und Genosse Lehmann als Vertreter der SAZ. Alle Mandate wurden gültig erklärt.

Genosse Max Eschenhorn, Plauen, beantragte die Entlastung des Kassierers, die einstimmig erfolgte.

Nach kurzer Aussprache, an der sich die Genossin Meta Petzold, Mylau, und Genosse Max Seydewitz beteiligten, wurde die politische Resolution zur Abstimmung gebracht, die wir gestern bereits veröffentlichten.

Nachdem ein Organisationsstatut beschlossen worden war, entschied man über einen Antrag des Genossen Walter Lang, Planitz, zur Pressefrage, der die Bildung eines von den Bezirken finanziell zu tragenden parteieigenen Verlagsunternehmens forderte, in dem Tageszeitung, Wochenzeitung, Klassenkampf und Rote Bücher, sowie alle sonstigen Druckerzeugnisse der Partei zu erscheinen hätten. Er wurde nach einer Erklärung des Genossen Seydewitz, das in der Freien Verlagsgesellschaft bereits ein solches parteieigenes Unternehmen vorhanden sei und daß die SAZ am 1. April von der Freien Verlagsgesellschaft übernommen würde, abgelehnt.

Als Delegierte für den Reichsparteitag wurden einstimmig die folgenden 18 Genossinnen und Genossen gewählt: Max Schlosse, Klingenthal, Fritz Mühlhng, Crimmitschau,

## Und dafür marschiert die „Eiserne“!

Nieder-Ingelheim, 23. Februar 1932.

Kürzlich sprach in einer vom hiesigen Erwerbslosenausschuß einberufenen und gesetzlich genehmigten Versammlung ein Vertreter der KPD, Genosse Brosius, Bretzenheim. Da er in seiner Rede zum Schlusse zur Wahl Thälmanns gegen Hindenburg aufrief, hob der anwesende Gendarm die Versammlung auf. Zuvor verwarte er den Redner, weil er politisch werde. (Kann man in der Erwerbslosenversammlung vermeiden, politische Zusammenhänge zu erörtern?) Jetzt schickte man ohne Verhör und Verhandlung dem Versammlungsleiter und dem Schriftführer des Ausschusses, SAP- und KPD-Genossen, einen Strafbefehl über drei Monate Gefängnis.

Albert Bühring, Treuen (Arb.-Gebiet Ob-Göltzschtal),

Joseph Nims, Oberhohndorf, Walter Fischer, Wilkau, Kurt Baumann, Niederhaßlau, Arthur Hoffmann, Zwickau, Otto Seidel, Zwickau, Meta Petzold, Mylau-Netzschkau, Felix Unger, Eibenstock, Emil Krauß, Schneeberg, Arthur Fröhlich, Schönheide, Karl Hiestermann, Planitz, Klaus Zweiling, Planitz, Max Eschenhorn, Plauen, Ludwig Hacke, Plauen, Max Seydewitz, vom Bezirksvorstand, Adam Zängry, vom Bezirksvorstand.

### Die Neuwahl des Bezirksvorstandes

hatte folgendes Ergebnis: Ludwig Hacke, Plauen, 1. Vorsitzender, Adam Zängry, Plauen, Walter Merz, Plauen, Meta Petzold, Mylau, Fritz Bellmann, Klingenthal, Felix Unger, Eibenstock, Otto Seidel, Zwickau, als Vertreter der Jugend Hans Weber, Plauen und der noch zu benennende Bezirksführer des Schutzbundes. Die Wahl erfolgte einstimmig. Als Redakteur des „Kurier für das Vogtland und das Erzgebirge“ wurde Genosse Hacke, Plauen, wiedergewählt.

Nachdem Genosse Schlosse, Klingenthal, aufgedrort hatte, das Ergebnis des Bezirksparteitages mit Begeisterung in die Arbeitermassen hinauszutragen, schloß Genosse Merz die Tagung mit einem begeistert aufgenommenen „Freundschaft!“ an. Anschließend sangen die Delegierten noch stehend die Internationale.

## Wahrheit schreit!

Wiener Verdammungsurteil gegen SPD



# Hindenburg

# oder Hitler



! Ist die Frage, vor die das deutsche Volk bei der Reichspräsidentenwahl gestellt ist

## Weder Hindenburg noch Hitler!

Ist die Parole der österreichischen Sozialisten

## Weder die alten Generale

die bei der Heimwehr zum Kommandieren

## Noch die jungen Faschisten

die bei den Balkenkreuzern nach Bürgerkrieg schreien

## Hütet euch vor beiden!

In Deutschland kann man die Entscheidung der Sozialisten für Hindenburg verstehen

In Oesterreich muß man verstehen, daß das Volk niemals vor eine solche Entscheidung gestellt werde

Diesen Aufruf ließ die „Wiener Arbeiterzeitung“ in Riesendruck unter dem Titel: „Die Wahrheit der Woche“ erscheinen. Es ist mehr als die Wahrheit nur einer Woche, daß die Politik der SPD zu einer Entscheidung geführt hat, die die „Wiener Arbeiterzeitung“ zwar zu „verstehen“ vorgibt — „Alles verstehen, heißt alles verstehen!“ — die sie aber für Oesterreich strikt ablehnt. Das Blatt der österreichischen Sozialdemokratie würgt und windet sich, den Klassenverrat der SPD, der nicht „zwangsläufig“, sondern das Ergebnis jahrelanger Sünden ist, seinen Lesern plausibel zu machen. Es gelingt nicht. Die österreichische Sektion der II. Internationale spricht, ob sie will oder nicht, ein Verdammungsurteil über die große und ach so ohnmächtige deutsche Bruderpartei aus. Die „Wiener Arbeiterzeitung“ darf nicht deutlich sagen, was sie meint, aber die Wahrheit — und sei es auch nur eine „Wochenwahrheit“ — läßt sich den Mund nicht verstopfen. Sie schreit laut — wider die Sozialdemokratische Partei.